

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 22. bis 26. Mai 2009 in Oslo, Norwegen

Inhaltsverzeichnis		
	Seite	
Teilnehmer der deutschen Delegation	1	<i>Abgeordneter Kurt Bodewig (SPD), Abgeordneter Lothar Ibrügger (SPD), Abgeordnete Ursula Mogg (SPD), Abgeordneter Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abgeordneter Hans Raidel (CDU/CSU), Abgeordneter Kurt J. Rossmannith (CDU/CSU), Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP), Abgeordneter Andreas Weigel (SPD).</i>
Ablauf der Tagung	1	
Politischer Ausschuss (PC)	1	
Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)	5	
Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)	9	Bundesrat:
Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)	11	<i>Staatminister Volker Bouffier (CDU), Hessen, Leiter der Delegation, Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Minister Lothar Hay (SPD), Schleswig-Holstein, Minister Holger Hövelmann (SPD), Sachsen-Anhalt, Minister Ulrich Mäurer (SPD), Bremen, Minister Ingo Wolf (FDP), Nordrhein-Westfalen.</i>
Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)	15	
Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)	17	
Plenarsitzung	19	
Erklärung	24	Ablauf der Tagung

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 22. bis 26. Mai 2009 in Oslo, Norwegen, statt.

Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,

Abgeordneter Markus Meckel (SPD), stellvertretender Leiter der Delegation,

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 23. Mai, und am Sonntag, 24. Mai 2009, statt. Das Plenum tagte am Dienstag, 26. Mai 2009.

Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Sonntag, 24. Mai 2009, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland).

I. Überblick über die Themen

Beraten wurden insbesondere die Beziehungen der NATO zur Russischen Föderation. Daneben beschäftigten sich die Delegierten mit den politischen Entwicklungen im Iran, in Pakistan und in Georgien. Gegenstand der Eingangsdebatte war die Rolle der NATO im 21. Jahrhundert.

II. Vortrag von Jonas Gahr Støre, norwegischer Außenminister, zum Thema „Unentbehrlich – die NATO in einem sich wandelnden Umfeld“

Außenminister **Jonas Gahr Støre** bezeichnete die Mitgliedschaft in der NATO trotz der veränderten Sicherheitsarchitektur in Europa als wichtigen Bestandteil norwegischer Außenpolitik. Die Parlamentarische Versammlung sei ein bedeutendes Gut des Bündnisses, denn kaum eine militärische Organisation werde parlamentarisch begleitet. Für ihn als einen Vertreter der Generation, die in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts geboren worden sei, sei die Existenz der NATO selbstverständlich. Heute komme es aber darauf an, auch die später Geborenen von der Legitimität des Bündnisses zu überzeugen. Die NATO habe sich zum ersten Mal in ihrer Geschichte in exterritoriale Einsätze begeben und kämpfe nun mit den Folgen. Die Diskussion darüber, wann und wo die Allianz zukünftig exterritorial eingreifen solle, habe bereits begonnen. Trotz Globalisierung lebten die Menschen in ihren Regionen und verstünden nicht, warum weltweite Einsätze zu ihrer lokalen Sicherheit beitragen. Norwegen sei als Mitglied der NATO und Nachbar der Russischen Föderation in einer besonderen strategischen Lage. Beide Länder lebten seit tausend Jahren in Frieden miteinander, und die regionale Zusammenarbeit funktioniere sehr gut, beispielsweise im Hinblick auf die Barentsee und den Arktisrat. Die Folgen des Klimawandels in der Arktis, die beide Länder derzeit besonders beschäftigten, seien zwar nicht unmittelbar ein für die NATO relevantes Thema, die Veränderungen in der Region hätten aber neben strategischen und technischen Herausforderungen auch eine sicherheitspolitische Dimension. Die NATO müsse die sich verändernden Rahmenbedingungen daher zumindest zur Kenntnis nehmen. Norwegen versuche, sich mit allen Nachbarn in einem breit angelegten friedlichen und kooperativen Dialog abzustimmen. Nach norwegischer Auffassung seien bereits ausreichende internationale rechtliche Regelungen für die Nutzung der Arktis vorhanden, denn die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen (VN) sei nach Abschmelzen des Eises auf den arktischen Ozean wie auf jeden anderen Ozean anwendbar. Die Seerechtskonvention lege auch fest, dass jeder Anrainerstaat innerhalb einer sogenannten Wirtschaftszone von 200 Seemeilen ab der Basislinie über natürliche Ressourcen verfügen und die wirtschaftliche Nutzung steuern könne. Aus norwegischer Sicht gebe es daher keinen Wettlauf um die Bodenschätze in der Arktis. Die Arktis sei auch keine Region traditioneller militärischer Auseinandersetzung, die NATO solle sich aber an der strategischen Analyse der Situation beteiligen.

Die Abgeordnete **Nicole Ameline** (Frankreich) bezog sich auf den schwierigen Dialog zwischen der NATO und der Russischen Föderation und fragte nach norwegischen Vorschlägen, diesen voran zu bringen. Die Abgeordnete **Ragnheidur E. Árnadóttir** (Island) fragte, welche Rolle die NATO nach Auffassung Norwegens in der Arktis und im Verhältnis zu Russland einnehmen solle. **Jonas Gahr Støre** antwortete, ein Dialog mit der Russischen Föderation liege im Interesse des Westens, auch bei Meinungs-

verschiedenheiten. Es sei daher nicht konstruktiv, den Dialog in Krisenzeiten abzubrechen. Der Westen und die Russische Föderation verfolgten beispielsweise in Afghanistan bei der Drogen- und Terrorismusbekämpfung gemeinsame Interessen. Im Hinblick auf die Arktis gebe es ebenfalls viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die Themen Energiesicherheit, Schifffahrtsrouten und zivile Sicherheit seien auch für die NATO interessant. Die Entwicklung der Region illustriere einen Aufgabenbereich, der die Bedeutung der NATO auch nach Ende des Kalten Krieges aufrechterhalten könne. Dies solle bei der Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzeptes berücksichtigt werden.

Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) erkundigte sich nach der Rolle der Europäischen Union (EU) im arktischen Raum, nach der konkreten Rolle der NATO dort und nach den Kooperationsmöglichkeiten zwischen beiden Organisationen. Der Abgeordnete **José Lello** (Portugal) fragte nach der Intensität der Zusammenarbeit zwischen Norwegen und der Russischen Föderation in den Bereichen Energiesicherheit und Arktis. **Jonas Gahr Støre** definierte die NATO als politisch-militärische, nicht nur als militärische Allianz. Die gegenwärtigen Probleme in der Arktis seien zwar zunächst nicht primäre Themen des Bündnisses, könnten aber sicherheitsrelevant werden, wenn die Kooperation der Anrainer nicht funktioniere. Die EU habe das Thema bereits aufgegriffen. Das Europäische Parlament diskutiere über die Verabschiedung eines Arktisvertrages, den Norwegen allerdings nicht für erforderlich halte, da es bereits völkerrechtliche Regeln gebe. Die Einbindung der NATO sei für Norwegen wichtig, da es sonst im Verhältnis zur Russischen Föderation als kleinerer Partner in einer schlechteren Verhandlungsposition sei. Es gebe eine deutliche russische Militärpräsenz an der norwegischen Grenze, auch wenn diese bisher nicht feindselig gegen Norwegen gerichtet sei. Norwegen wolle die entspannte Situation in der Arktis aufrechterhalten und sei aufgrund der langen friedvollen Erfahrung prädestiniert, die Kontakte zur Russischen Föderation weiter zu pflegen. Andererseits sei Norwegen in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten und den NATO-Partnern. Bisher hätten alle Fragen, die die Arktis betreffen, im Arktisrat geklärt werden können. Die NATO solle aber frühzeitig eingebunden bleiben. Bilateral baue Norwegen die Kontakte zur Russischen Föderation beispielsweise im Bereich der Marine aus.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Neustart der Beziehungen zu Russland“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Raynell Andreychuk (Kanada)

Die Berichterstatterin Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) erklärte, die Beziehungen der NATO zu einem so wichtigen strategischen Partner wie der Russischen Föderation dürften nicht durch Misstrauen bestimmt werden, allerdings müsse auf Meinungsunterschiede auch hingewiesen werden können. In ihrem Berichtsentwurf würden unterschiedliche Themenfelder betrachtet, in denen eine engere Kooperation denkbar erscheine. Die Re-

gierungswechsel in der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten wie auch die Finanzkrise eröffneten derzeit neue Chancen für eine Zusammenarbeit, auch wenn eine sehr optimistische Einschätzung verfrüht sei. Die Russische Föderation habe nach wie vor starke Vorbehalte dagegen, dass die NATO durch eine Fortsetzung der Erweiterungspolitik in russische Nachbarschaft rücke. Auch die Raketenabwehrpläne der NATO sehe Russland als Provokation an. Gemeinsame Risiken und Herausforderungen machten es jedoch im Sinne der globalen Sicherheit und Stabilität erforderlich, Russland als Partner in das transatlantische Sicherheitskonzept einzubinden. Beispielsweise könnten die traditionell engen russischen Kontakte nach Zentralasien zur Stabilisierung dieser Region genutzt werden. Auch im Bereich der Waffenkontrolle sei die Zusammenarbeit bisher erfolgreich verlaufen. Die Vereinbarung der Präsidenten Barack Obama und Dimitrij Medwedew, Verhandlungen über die Kontrolle von Nuklearwaffen zu beginnen, stimme hoffnungsvoll. Wesentlich für die Beziehungen sei, dass Kontakte zwischen der NATO und der Russischen Föderation gleichberechtigt verliefen und sich auf konkrete Projekte bezögen.

Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) betonte, dass sich der Kalte Krieg nicht wiederholen dürfe. Allerdings seien in der Russischen Föderation wesentliche Defizite bei Demokratie und Menschenrechten festzustellen. Die andauernde Missachtung internationalen Rechts durch Russland müsse Konsequenzen haben. Senator **Josselin de Rohan** (Frankreich) sah ebenfalls Teilbereiche der russischen Politik als nicht akzeptabel an, beispielsweise das Vorgehen in Georgien. Die NATO sei zwar bereit zur Verbesserung des Verhältnisses, es gebe aber noch viele offene Fragen, zum Beispiel den Punkt Energiesicherheit. Auch die Diskussion mit dem Ständigen Vertreter der Russischen Föderation bei der NATO, Dimitrij Rogosin, im Parlamentarischen NATO-Russland-Ausschuss vom 22. Mai 2009 habe im Hinblick auf die Verbesserung der europäischen Sicherheitsarchitektur nichts Konkretes erbracht. Der Abgeordnete **Dennis MacShane** (Vereinigtes Königreich) bezeichnete die Missachtung internationaler Vereinbarungen zum russischen Truppenabzug aus Georgien ebenfalls als nicht hinnehmbar. Die Berichterstatterin Senatorin **Raynell Andreychuk** betonte, die Russische Föderation müsse die Souveränität und territoriale Integrität ihrer Nachbarn respektieren. Dies sei Voraussetzung für die Achtung der russischen Integrität, auch im Hinblick auf interne Konflikte mit Minderheiten. Wichtig sei, dass eine tatsächliche Partnerschaft mit Russland zur Anerkennung von Grundsätzen und Werten der Allianz führen müsse.

Der Abgeordnete **José Lello** (Portugal) wies darauf hin, dass Russland in den letzten 60 Jahren mit allen NATO-Mitgliedstaaten in Frieden gelebt habe. Es sei daher an der Zeit, von militärischer Rhetorik Abstand zu nehmen. Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) lobte die ausbalancierte Darstellung von Kooperationsmöglichkeiten und Problemen mit der Russischen Föderation im vorgelegten Berichtsentwurf. Im Verhältnis zu Russland

gehe es für die NATO um die Durchsetzung eigener Interessen. Bisher sei die Russische Föderation kein strategischer Partner, weil es an der Definition gemeinsamer Ziele fehle. Die Grundfrage sei, ob das Land weiterhin als Problem angesehen oder zum Teil einer Lösung gemacht werden solle. Letzteres sei vorzugswürdig und solle verfolgt werden. Der Abgeordnete **Viktor A. Ozerov** (Russische Föderation) vermisste im Berichtsentwurf Hinweise auf die Schritte, die die NATO zur Verbesserung der Beziehungen mit der Russischen Föderation unternehmen wolle.

IV. Vortrag von Professor Dr. Volker Perthes, Direktor des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, zum Thema „Iran und die Welt: Das heikle Gleichgewicht zwischen Vertrauen und Sicherheit“

Nach Auffassung von **Professor Dr. Volker Perthes** gebe es derzeit sowohl von Seiten des Westens als auch des Iran Signale der Entspannung. Es sei gut gewesen, dass der amerikanische Präsident den Iran direkt und respektvoll angesprochen habe. Vielfach werde unterschätzt, wie schwierig diese Kontaktaufnahme für die Vereinigten Staaten gewesen sei. Sehr lange sei das Verhältnis beider Seiten davon bestimmt gewesen, wer den ersten Schritt tun werde. Im Hauptkonfliktpunkt, der nuklearen Frage, sei nicht zu erwarten, dass der Iran seine Anreicherungs politik aufgeben werde. Darin seien sich Regierung und Opposition im Land einig. Der Westen müsse sich daher fragen, ob es möglich sei, den Iran seine nukleare Politik kontrolliert fortsetzen zu lassen. Das westliche Ziel, die nukleare Technologie im Iran wieder auf Null zurückzuführen, sei völlig unrealistisch. Noch habe der Iran aber nicht entschieden, ob er die Nukleartechnologie zu Rüstungszwecken verwenden wolle oder nicht. Die Entscheidungsprozesse im Iran seien sehr langwierig. Derzeit werde Israel als das am meisten gefährdete Land der Region immer nervöser, fordere ein härteres Vorgehen gegen den Iran und spiele mit dem Gedanken, eigenmächtig nukleare Anlagen anzugreifen. Im Iran gebe es deshalb ein konkretes Gefährdungsgefühl. Die iranische Politik sei nicht irrational, sondern verfolge eigene Interessen, auch wenn der Iran manchmal opportunistisch vorgehe. Es müsse zur Kenntnis genommen werden, dass der Iran nicht nur im Hinblick auf die nukleare Frage eine Rolle spiele, sondern in die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan und Pakistan einbezogen werden müssen. Iran sei, wie die westlichen Gesellschaften, sehr von der Drogenproblematik betroffen. Es gebe dort offiziell zwei bis drei Millionen Drogenabhängige, tatsächlich könnten es fünf mal so viele sein. Dies stelle für das Land ein ernsthaftes Sicherheitsproblem dar. Der Iran habe daher Interesse an einer Zusammenarbeit im Hinblick auf Afghanistan und könne hier konstruktiv mitwirken.

Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) fragte, inwieweit die Bedrohung durch den Iran für Europa realistisch und ob es sinnvoll sei, ein Raketenabwehrsystem in Europa zu stationieren. Die Abgeordnete **Marit**

Nybakk (Norwegen) äußerte wachsende Bedenken wegen der Menschenrechtslage im Iran und fragte, wie das Land in die Afghanistan-Mission besser eingebunden werden könne. Die Abgeordnete **Malahat Ibrahimqizi** (Aserbaidschan) forderte eine breit angelegte Beschäftigung mit dem Iran, der in der Afghanistan-Frage eine große Rolle spiele, da er derzeit die Taliban unterstütze. Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten sei durch den ehemaligen Präsidenten George W. Bush verschlechtert worden, nicht durch die nukleare Frage. Problematisch sei allerdings auch das Regime in Teheran, das sich verändern müsse. Der Abgeordnete **Dennis MacShane** (Vereinigtes Königreich) forderte die Verhinderung der nuklearen Bewaffnung des Iran um jeden Preis, notfalls auch mit militärischen Mitteln. Der Abgeordnete **Markus Meckel** (Deutschland) fragte, ob der Iran möglicherweise am geplanten Pipeline-Projekt „Nabucco“ der EU beteiligt werden solle.

Professor Dr. Volker Perthes erklärte, die menschenrechtliche und innenpolitische Lage im Iran erschwere in der Tat eine Kooperation mit dem Land. Im Iran habe nicht der Staatspräsident die Entscheidungsgewalt, sondern der religiöse Führer. Da dieser versuche, Entscheidungen im Konsens herbeizuführen, dauerten Entscheidungsprozesse sehr lange. Der Präsident habe allerdings Einfluss auf die Menschenrechtslage im Land, und Präsident Mahmud Ahmadinedschad sei insofern konservativ. Ein Wechsel im Amt des Staatspräsidenten könne die iranische Politik im Hinblick auf die Atomverhandlungen nicht sofort verändern, könne aber möglicherweise durch einen anderen Tonfall und den Verzicht auf die Holo-caustfliegung die Beziehungen zur internationalen Staatengemeinschaft erleichtern. In der Vergangenheit habe sich bereits gezeigt, dass der Iran nicht die Aufhebung internationaler Sanktionen als Vorbedingung einer Zusammenarbeit mit der Staatengemeinschaft fordere. Bei einer Einbindung des Landes in die Afghanistan- und Pakistanpolitik der internationalen Gemeinschaft werde der Iran natürlich seinen Einfluss in der Region erhöhen. Dieser Tatsache müssten sich der Westen und die Nachbarländer in der Region bewusst sein, die zum Teil nicht wollten, dass der Iran dort ein Vakuum fülle. Er sehe durch den Iran aber keine konkrete militärische Bedrohung für Europa. Der Wunsch nach nuklearen Waffen müsse im regionalen Kontext gesehen werden. Der Iran sei kein Grund für die Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Europa. Außerdem habe der Kalte Krieg gelehrt, dass es zwischen der bloßen Akzeptanz nuklearer Aufrüstung und ihrer militärischen Bekämpfung einen dritten Weg geben könne.

V. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Pakistan: Ein Test für die transatlantische Zusammenarbeit“, vorgelegt vom Berichterstatter Mike Ross (Vereinigte Staaten)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Mike Ross** (Vereinigte Staaten) sah die Gefahr einer „Talibanisierung“ Pa-

kistans, die der internationalen Gemeinschaft Grund zur Sorge geben müsse. Er verwies auf den Bericht des Abgeordneten Frank Cook (Vereinigtes Königreich) für den Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit, der sich mit der Entwicklung der Region ausführlich beschäftige. Dringend notwendig sei ein gemeinsamer Handlungsansatz der pakistanischen und afghanischen Regierungen und der alliierten Staaten. Die Sicherheitslage habe sich in beiden Ländern extrem verschlechtert, und die Entwicklungen seien eng miteinander verknüpft. Beide Regierungen hätten dies erkannt und konsultierten sich inzwischen über Sicherheitsfragen. Die Vereinigten Staaten unterstützten sie dabei. Allerdings müssten auch andere einflussreiche Staaten der Region, wie Indien, China, die Russische Föderation und gegebenenfalls auch der Iran, in den Prozess einbezogen werden. Ohne Hilfe der internationalen Gemeinschaft könne Pakistan den Kampf gegen die Taliban nicht gewinnen. Erforderlich seien insbesondere die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses im Land und die Stärkung des pakistanischen Militärs. Die innenpolitische Lage werde durch das wachsende Flüchtlingsproblem verschlimmert. Es gebe keine Pläne der amerikanischen Regierung, Truppen der NATO in Pakistan zu stationieren, das Thema müsse aber auf der Agenda des Bündnisses verbleiben. An der Stabilisierung Pakistans könne auch die EU beteiligt werden, beispielsweise in Form einer Rechtsstaatsmission.

Der Abgeordnete **Mehmet Ceylan** (Türkei) ergänzte, die Anzahl der Flüchtlinge könne Schätzungen zufolge einhalb Millionen erreichen. Dadurch könnten Frieden und Stabilität in der Region zusätzlich gefährdet werden. Pakistan brauche daher dringend die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, auch bei der Versorgung der Flüchtlinge. Senator **Josselin de Rohan** (Frankreich) betonte die Rolle Indiens für die Stabilisierung der Region und fragte, ob es bereits Versuche gebe, Indien in einen Entwicklungsprozess einzubinden, da Pakistan den Kampf gegen die Taliban nicht alleine gewinnen könne. Außerdem sei die pakistanische Armee sehr lange an der Grenze zu Indien gebunden gewesen. **Mike Ross** antwortete, die Allianz könne die Probleme zwischen Indien und Pakistan nicht lösen, sondern höchstens einen Dialog unterstützen. Der Abgeordnete **Winfried Nachtwei** (Deutschland) bezog sich auf eine Pakistanreise im April 2009, auf der er den Eindruck gewonnen habe, über die Bedrohungslage herrsche in der politischen Klasse des Landes, insbesondere in Militär und Geheimdienst, noch kein Konsens. Er fragte, ob sich dies inzwischen geändert habe. Er wies außerdem auf das Problem hin, Aufbau- und Entwicklungshilfe in die Stammesgebiete im afghanisch-pakistanischen Grenzland zu bringen, wo es keine funktionierenden Verwaltungsstrukturen gebe. **Mike Ross** kündigte an, den Berichtsentwurf zur 55. Jahrestagung in Edinburgh um das Problem der humanitären Hilfe für Flüchtlinge zu erweitern.

VI. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Georgien und die NATO“, vorgelegt vom Berichterstatter *ad interim* Rui Gomes da Silva (Portugal)

Der Berichterstatter *ad interim* Abgeordneter **Rui Gomes da Silva** (Portugal) berichtete von einer Erkundungsreise einer Delegation des Unterausschusses nach Georgien in Vorbereitung des Berichtsentwurfs. Während des Aufenthaltes habe die Delegation Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit Staatspräsident Michail Saakaschwili und anderen Vertretern der georgischen Regierung gehabt. Die Sicherheitslage im Land sei nach dem Krieg mit der Russischen Föderation im August 2008 noch immer sehr labil. Die Flüchtlingsproblematik dauere an und es gebe keine Vertrauensbasis zwischen Georgien und der Russischen Föderation. Außerdem habe der Konflikt extreme Auswirkungen auf die innenpolitische Situation im Land. Zwischen Regierung und Opposition gebe es keine Basis mehr für eine Zusammenarbeit. Zur Oppositionsbewegung gehörten einflussreiche Politikerinnen und Politiker, beispielsweise die frühere Parlamentspräsidentin und zeitweilige amtierende Staatspräsidentin Nino Burdschanadse. Georgiens außenpolitisches Ziel sei nach wie vor die Aufnahme in die NATO, und dies werde auch durch die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Für die NATO sei diese Frage aber derzeit nicht mehr aktuell. Allerdings solle nicht vergessen werden, dass es sich bei Georgien um eine noch junge Demokratie handele, und dass das Land in kurzer Zeit große Fortschritte gemacht habe.

Der Ausschussvorsitzende Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) begrüßte als Gast den georgischen Vizepremierminister Giorgi Baramidze und eröffnete die Diskussion. Der Abgeordnete **Loïc Bouvard** (Frankreich) erinnerte daran, dass Georgien durch den Krieg im August 2008 zwei Provinzen und fast seine gesamte militärische Kapazität verloren habe. Das Land sei jetzt auf Hilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Präsident Michail Saakaschwili habe bei dem Gespräch mit der Delegation alle Fragen sehr ehrlich beantwortet. Die Delegation sei von der Intensität des Widerstands der Opposition gegen den Präsidenten überrascht gewesen. Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) fragte, ob die Delegation Gelegenheit gehabt habe, Abchasien und Südossetien zu besuchen, die er immer noch für georgisches Territorium halte. Der Abgeordnete **Tiny Kox** (Niederlande) hielt es für wesentlich zu untersuchen, was im August 2008 wirklich passiert sei. Auf ihrer Frühjahrstagung 2007 auf Madeira habe die Versammlung beschlossen, dass Georgien ein Mitgliedschaftsaktionsplan (*Membership Action Plan*, MAP) angeboten werden solle. Wenige Monate später sei Georgien in einen Krieg geraten, der für das Land nicht günstig verlaufen sei. Die derzeit bekannten Fakten wiesen darauf hin, dass Georgien in diesem Geschehen nicht nur Opfer und die Russische Föderation nicht nur Aggressor gewesen sei. Die Versammlung müsse sich daher fragen, ob sie unter Umständen Georgien das Signal vermittelt haben könne, dass das Land im Fall eines Konfliktes nicht alleine stehen werde.

Das sei für das zukünftige Vorgehen der Versammlung wichtig. Senator **Pierfrancesco Emilio R. Gamba** (Italien) erklärte, die Demokratie sei derzeit in Georgien auf dem Rückzug. Da Oppositionspolitiker im Rahmen ihrer Proteste gegen die Regierung von Präsident Michail Saakaschwili den Zugang zu den Büroräumen von Parlamentariern blockierten, arbeite das Parlament praktisch nicht mehr. Der georgische Vizepräsident **Giorgi Baramidze**, der die Gelegenheit zur Stellungnahme erhielt, bedankte sich dafür, sprechen zu dürfen. Georgien versuche, aus seinen Fehlern zu lernen. Das Land sei nicht der Aggressor gewesen und habe die Russische Föderation nicht angegriffen. Georgien fühle sich nach wie vor vom Westen unterstützt und wisse, dass das Land nicht alleine stehe. Der Blick müsse sich jetzt nach vorne richten, und es gebe die Hoffnung, dass die Opposition auf die Vorschläge des Präsidenten zur Demokratisierung des Landes eingehe. Georgien sei überzeugt, eines Tages Mitglied der NATO werden zu können. Die Mitgliedschaft werde der größtmögliche Garant für Frieden und Stabilität sein.

VII. Aktivitäten im Jahr 2009

Der Ausschussvorsitzende Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) berichtete von der Überlegung, im Jahr 2010 einen Besuch des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ in Deutschland abzuhalten.

Der Vorsitzende des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ Abgeordneter **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) erklärte, nach dem Besuch in Georgien im Frühjahr dieses Jahres stehe für Oktober 2009 eine Reise nach Washington D.C. auf dem Programm. Der Besuch in Japan, der in diesem Jahr habe verschoben werden müssen, solle für 2010 nochmals angedacht werden.

VIII. Personalien

Der Ausschussvorsitzende berichtete, der Abgeordnete Azem Agov (Bulgarien) sei als Vorsitzender des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zurückgetreten, da er Vizepräsident der Versammlung geworden sei. Senator **Sergio De Gregorio** (Italien) werde bis zu den Neuwahlen auf der Jahrestagung im November 2009 den Vorsitz übernehmen.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 23. Mai 2009, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal).

I. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Situation in Afghanistan und der Einsatz der internationalen Schutztruppe für Afghanistan (*International Security Assistance Force*, ISAF). Daneben befassten sich die Delegierten mit der Bedrohung der internationalen Sicherheit durch Cyber-Angriffe und mit der Bekämpfung der Verwendung von Streumunition. Ein Unterausschussbericht behandelte die Frage der Bedeutung der Beistandsklausel gemäß Ar-

tikel 5 des Nordatlantikvertrages angesichts der sich verändernden Herausforderungen für das Bündnis.

II. Vortrag von Espen Barth Eide, Staatssekretär im norwegischen Verteidigungsministerium, zum Thema „Norwegens Sicherheitsperspektive – Erhöhung der Bedeutung der NATO“

Staatssekretär **Espen Barth Eide** begrüßte zunächst die Benennung des früheren dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen zum nächsten NATO-Generalsekretär auf dem Gipfeltreffen der NATO in Straßburg, Kehl und Baden-Baden Anfang April 2009. Die sicherheitspolitischen Folgen des 11. September 2001 seien schon seit langer Zeit Bestandteil der Debatten in der NATO. Auch durch den Aufstieg Chinas zur international wahrnehmbaren Kraft und der Rückkehr der Russischen Föderation in die internationale Politik habe sich die Sicherheitsarchitektur der Welt verändert. Die heutige europäische Sicherheitsarchitektur gleiche eher der Lage vor dem Ersten Weltkrieg als der nach dem Zweiten Weltkrieg. Es gebe allerdings Gründe für die NATO, optimistisch zu sein. So stehe die neue Administration der Vereinigten Staaten für einen neuen Ansatz im Hinblick auf die transatlantische Zusammenarbeit. Auch die Parlamentarische Versammlung der NATO sei Garant für den Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada auf der einen und Europa auf der anderen Seite. Außerdem arbeite die NATO inzwischen bei fast allen Missionen mit anderen internationalen Organisationen, wie der EU und den VN, zusammen. Allerdings müsse die Allianz ihre Rolle auch in den Mitgliedsländern verteidigen. Die Unterstützung des Bündnisses durch die Öffentlichkeit hänge davon ab, wieweit die NATO in der Lage sei, die Sicherheit der Menschen in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Für Norwegen sei der Klimawandel in der Arktis derzeit ein wichtiges Thema. Die Eisschmelze mache die Region erstmals zugänglich und der Seeweg von und nach Asien werde durch die offene Nord-West- und Nord-Ost-Passage stark verkürzt. Gegensätzliche Interessen der Anrainer könnten aber die Stabilität der Region beeinträchtigen. Es sei bereits zu einer angespannten Atmosphäre unter den Anrainerstaaten und sogar zur Androhung militärischer Gewalt gekommen. Es gebe daher auch eine Rolle für die NATO als Sicherheitsgarant in der Region. Durch die Mitglieder Norwegen und Island sei die Allianz dort bereits präsent. Wichtig sei, dass die NATO in den Prozess zwischen Arktisrat, Seerechtsverantwortlichen der VN und EU einbezogen werde.

Der Abgeordnete **Claude Bachand** (Kanada) drückte seine Zufriedenheit darüber aus, dass das Thema der Folgen des Klimawandels in der Arktis Eingang in die Diskussionen der Versammlung gefunden habe. Mit der Russischen Föderation müsse unbedingt nach gemeinsamen Lösungen gesucht werden. Wenn sich die NATO nicht um die Region kümmere, könne die Entwicklung dort gefährlich falsch laufen. Es dürfe keinen Wettlauf von Großmächten um Ressourcen geben, sondern auch kleinere Anrainerstaaten müssten in die Entwicklung eingebunden bleiben. Allerdings solle die Debatte nicht nur auf sicher-

heitspolitische Aspekte beschränkt werden. Auch der Abgeordnete **Tiny Kox** (Niederlande) fragte, ob es sich aufgrund der Umwelteinflüsse des Klimawandels nicht eher um ein Problem für die Menschheit als um ein Sicherheitsproblem handle. **Espen Barth Eide** bekräftigte, das Thema habe nicht nur eine militärstrategische, sondern vor allem eine zivile Dimension, da es um Fischereirechte, Seewege und Energiegewinnung gehe. Die Militarisierung der Region müsse daher verhindert werden. Der Abgeordnete **Vahit Erdem** (Türkei) nahm Bezug auf die Debatte im Parlamentarischen NATO-Russland-Ausschuss vom Vortrag zum selben Thema, in der die bereits bestehende breite Kooperation der Anrainer im Arktisrat betont worden sei. Er erkundigte sich nach einer möglichen konkreten Rolle der NATO. Der Abgeordnete **Viktor A. Ozerov** (Russische Föderation) stellte ebenfalls die Notwendigkeit des Engagements der NATO bei Themen in Frage, die durch den Arktisrat bereits behandelt würden. Nach Auffassung von **Espen Barth Eide** sei die Befassung der NATO mit der Arktis nicht weniger naheliegend als mit anderen Regionen, zum Beispiel dem Mittelmeerraum.

III. Beratung des Generalberichtsentwurfes „Afghanistan: Am Wendepunkt?“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Frank Cook (Vereinigtes Königreich) und Vortrag von Botschafter Fernando Gentilini, hoher NATO-Beauftragter für Afghanistan

Der Generalberichterstatter Abgeordneter **Frank Cook** (Vereinigtes Königreich) wies auf die Bedeutung der im August dieses Jahres bevorstehenden Präsidentschaftswahlen für Afghanistan hin. Für die neue Administration der Vereinigten Staaten habe Afghanistan Priorität. Bedeutsam sei die Ablösung des Kommandanten der ISAF-Truppen, David L. McKiernan, dessen Nachfolger Stanley McChrystal in dem Ruf stehe, offensiv für den Ansatz der vernetzten Sicherheit einzutreten. Derzeit sei die Situation der Zivilbevölkerung in Afghanistan aufgrund der Sicherheitslage sehr schwierig. Der Bericht enthalte trotzdem sehr vorsichtigen Optimismus. Eine Reihe von Mitgliedstaaten der NATO hätten inzwischen Botschafter für Afghanistan und Pakistan ernannt, was eine gute Entwicklung und ein Signal der Prioritätensetzung sei. Die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Barack Obama, im laufenden Jahr 2009 17 000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan zu entsenden, führe dazu, dass dann mehr als zwei Drittel der dort stationierten Truppen Amerikaner seien. Der NATO-Generalsekretär habe seine Bedenken im Hinblick auf diese Entwicklung geäußert, da die Mission dadurch aus dem Gleichgewicht gerate. Allerdings sei das Fehlen anderweitiger längerfristiger Truppenzusagen ein großes Problem. Die Niederlande planten den Abzug ihrer Truppen für das Jahr 2010, Kanada für 2011. Es müsse vermieden werden, dass jedes Mitgliedsland seine eigene Ausstiegsstrategie festlege. Zudem müsse die NATO alles Erdenklich leisten, um weitere zivile Opfer des Einsatzes zu vermeiden. Die Probleme in Afghanistan könnten sich leicht auf Pakistan und auch auf Kirgisistan ausweiten. Sicher würden die

Erfahrungen des Bündnisses mit dem Einsatz in Afghanistan in das zu erarbeitende neue Strategische Konzept einfließen.

Botschafter **Fernando Gentilini** bezeichnete das Leben in Kabul als derzeit sehr politikdominiert. Zwar gebe es im Süden des Landes massive Sicherheitsprobleme, die Debatte in Kabul werde aber vor allem durch die kommenden Präsidentschafts- und Kommunalwahlen geprägt. Im Westen werde noch nicht ausreichend wahrgenommen, dass die afghanische Administration immer effektiver mit der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeite und selbstständig Entscheidungen treffe. Noch vor kurzem habe niemand der afghanischen Regierung die Organisation einer Wählererfassung in der Form zuge-
traut, wie sie jetzt stattgefunden habe. Die Herausforderung liege nicht nur darin, Wahlen frei und fair abzuhalten, sondern auch darin, ein akzeptiertes Ergebnis zu erreichen. Die Wahlvorbereitung sei ein afghanisch geführter Prozess, in dem der NATO die zentrale Rolle zukomme, den Wahlprozess abzusichern. Hierzu habe es intensive Abstimmungen zwischen dem afghanischen Innenministerium und der ISAF gegeben. Nach derzeitiger Prognose werde außer in einigen wenigen Distrikten im ganzen Land frei gewählt werden können. Im Hinblick auf den strategischen Ansatz, die Verantwortlichkeit der afghanischen Administration zu stärken, sei 2009 bisher ein gutes Jahr gewesen. Es handele sich allerdings um einen langfristigen Prozess. Von überragender Bedeutung sei der Aufbau afghanischer Polizeikräfte, denn es genüge nicht, die militärische Herrschaft über einen Distrikt zu erlangen, diese müsse auch langfristig verteidigt werden. Innerhalb der Mitgliedstaaten der NATO gebe es inzwischen ein besseres Verständnis für die regionale Dimension der Problematik, und auch Pakistan werde jetzt in den Ansatz der vernetzten Sicherheit einbezogen.

Der Abgeordnete **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) erklärte, es sei ein großer Unterschied, ob die Allianz in Afghanistan gewinne oder nicht verliere. Derzeit sehe er die NATO dort nicht in einer Gewinnssituation. Die Drogenproblematik und die instabile Lage in Pakistan seien nach wie vor ungelöst, und noch immer rekrutierten die Taliban Kämpfer aus den afghanisch-pakistanischen Grenzregionen. Der afghanische Präsident Hamid Karsai habe einem von der Schariah geprägten Gesetzentwurf zum Familienrecht zugestimmt, auch wenn dieser auf internationalen Druck hin noch nicht in Kraft gesetzt worden sei. Dies sei inakzeptabel und werfe die Frage auf, wie die Verluste an Menschenleben in den alliierten Truppen weiter gerechtfertigt werden könnten. Der afghanischen Regierung müssten sehr ernsthafte Konsequenzen einer solchen Politik angedroht werden. Der Abgeordnete **Claude Bachand** (Kandada) ergänzte, Präsident Hamid Karsai müsse deutlich gemacht werden, dass die Umsetzung der Schariah nach der Wahl genau so inakzeptabel sei wie vor der Wahl. Nach Auffassung von Botschafter **Fernando Gentilini** könne der Konflikt in Afghanistan nicht mit den militärischen Mitteln des letzten Jahrhunderts gewonnen werden. Vielmehr seien der

Einsatz von Ausbildern und Mentoren sowie die Zusammenarbeit der NATO mit anderen internationalen Akteuren erforderlich. Der Präsident des pakistanischen Senats, **Farooq Hamid Naek**, wies auf das Flüchtlingsproblem in Pakistan hin. Pakistan fühle sich einer engen Kooperation mit Afghanistan verpflichtet, da Frieden und Stabilität in der Region von der Situation in beiden Ländern abhängen. Auch die Rolle Indiens, das in der Region unbestreitbar eine starke Kraft sei, müsse geklärt werden. Auch nach Auffassung des Abgeordneten **Denis MacShane** (Vereinigtes Königreich) sei der Konflikt nicht ohne Indien als der größten Macht in der Region zu lösen. Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) bezog sich auf die zahlenmäßige Dominanz der Vereinigten Staaten innerhalb der ISAF-Truppen. Es handele sich nicht um einen Versuch, den Krieg zu amerikanisieren. Wenn die Vereinigten Staaten Verbündete zu größerem Engagement aufforderten, müssten sie selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Der Abgeordnete **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) schätzte die afghanische Bevölkerung als nicht sehr optimistisch ein, was die Transparenz der bevorstehenden Wahlen angehe. Bei der Wählererfassung sei es bereits zu Unregelmäßigkeiten gekommen. Der Drogenanbau müsse im ganzen Land bekämpft werden, nicht nur in einzelnen Bereichen. Die Region Helmand im Süden Afghanistans sei beispielsweise eine der größten Drogenproduktionsstätten des Landes, dort werde aber nichts dagegen getan. Die Abgeordnete **Pia Elda Locatelli** (Europäisches Parlament) erkundigte sich, ob geschlechterbezogene Daten bei der Wählererfassung vorhanden seien. Sie fragte außerdem, ob die Schariah von der afghanischen Regierung genutzt werde, um konservative Wähler zu gewinnen. Der Abgeordnete **Sven Mikser** (Estland) wies auf den Widerspruch hin, dass einerseits mehr eigene Führung von der afghanischen Regierung gefordert werde, Entscheidungen wie die Einführung der Schariah aber dann vom Westen nicht akzeptiert würden. Der Abgeordnete **Viktor A. Ozerov** (Russische Föderation) fragte, inwiefern sich nach Auffassung der NATO die Russische Föderation noch stärker in Afghanistan engagieren solle.

Frank Cook bemerkte abschließend, dass sich die Teilung der Lasten beim Einsatz in Afghanistan nicht nur in der Anzahl der entsandten Soldaten ausdrücke. Vielmehr müsse von einem breiteren Ansatz ausgegangen und auch die zivile Aufbauleistung berücksichtigt werden. Die Allianz müsse sich mit einem steigenden amerikanischen Einfluss abfinden, da der Vorsprung der Vereinigten Staaten im Hinblick auf Truppen und Technologie groß sei. Die Russische Föderation könne die ISAF-Mission am besten logistisch unterstützen, da das Fehlen sicherer Nachschubwege ein immer dringenderes Problem darstelle. Die Regionalen Wiederaufbauteams (*Provincial Reconstruction Teams, PRTs*) stellten ebenfalls ein großes Problem des Einsatzes dar. Ihr Erfolg hänge sehr davon ab, von welchem Mitgliedsland sie jeweils geführt würden und wie sich die Zusammenarbeit mit der jeweiligen regionalen Administration gestalte.

IV. Beratung über den Berichtsentwurf des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die NATO und die Cyber-Verteidigung“, vorgelegt vom Berichterstatter Sverre Myrli (Norwegen)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Sverre Myrli** (Norwegen) stellte kurz den Inhalt des Berichtsentwurfs dar. *Cyber*-Angriffe seien geeignet, durch Eingriffe in sensible Daten das Funktionieren von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu gefährden, sei es durch Ausspähen geheimer Informationen oder durch Störung der öffentlichen Versorgung, zum Beispiel in den Bereichen Energie, Wasser oder Kommunikation. Dies habe im Frühjahr 2007 in Estland beobachtet werden können, als Datenleitungen der zwei wichtigsten Banken des Landes einen Tag lang blockiert worden seien. Die hoch entwickelte elektronische Infrastruktur des Landes habe Estland besonders anfällig für die Folgen von *Cyber*-Angriffen gemacht. Auch andere Staaten seien inzwischen in kleinerem Umfang Opfer solcher Angriffe geworden. Neben der Gefahr politisch bedingter Spionage und Sabotage stellten *Cyber*-Angriffe vor allem für die Wirtschaft der Mitgliedstaaten eine Gefahr dar. Es sei daher wichtig, das Risiko zu erkennen und rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Endfassung des Berichtsentwurfs, die für die Jahresagung in Edinburgh vorgelegt werde, werde neben konkreten Handlungsvorschlägen auch Ausführungen zu der Frage enthalten, welche Bedeutung die Verteidigung gegen *Cyber*-Angriffe im Rahmen der Beistandsverpflichtung gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages habe.

V. Vortrag von Espen Barth Eide, Staatssekretär im norwegischen Verteidigungsministerium, zum Thema „Der Oslo-Prozess zur Ächtung von Streumunition“, und von Michael D. Miggins, Leiter der Sektion für Rüstungskontrolle und Koordination (ACCS), Abteilung für Politische Angelegenheiten und Sicherheit der NATO, zum Thema „Auswirkungen des Oslo-Prozesses für die NATO“

Staatssekretär **Espen Barth Eide** berichtete, dass Norwegen angesichts der humanitären Folgen des Einsatzes von Streumunition und des fehlenden internationalen Fortschritts bei der Diskussion dieses Themas im Februar 2007 interessierte Staaten zu einer Konferenz nach Oslo eingeladen habe, wo der sogenannte Oslo-Prozess zur internationalen Ächtung von Streumunition begonnen worden sei. Das Ziel sei es gewesen, bis Ende 2008 die Nutzung, die Produktion, den Verkauf und die Lagerung von Streumunition rechtlich bindend zu verbieten. Außerdem sei es um die Unterstützung betroffener Menschen und um die Dekontaminierung betroffener Regionen gegangen. An der Dubliner Folgekonferenz im Mai 2008 hätten 107 Staaten teilgenommen und am Ende die internationale Konvention zum Verbot von Streumunition verabschiedet. Diese enthalte ein eindeutiges und kategorisches Verbot jeglicher Streumunition, die inakzeptable humanitäre Folgen verursache, und beziehe sich damit auf prak-

tisch jede bisher benutzte Munition dieser Art. Er forderte die NATO sowie die nationalen Regierungen und Streitkräfte auf, zur Entwicklung von Waffentypen und Kriegsdoktrinen beizutragen, die auf maximale Präzision und minimale Kollateralschäden zielten, um lang anhaltende Konsequenzen sowohl für die betroffene Zivilbevölkerung als auch für die Soldaten zu vermeiden. Allerdings hätten beispielsweise die Vereinigten Staaten, mehrere NATO-Mitgliedstaaten sowie die Russische Föderation und Georgien die Konvention noch nicht unterzeichnet. Die beiden letzteren hätten sich im Zusammenhang mit dem militärischen Konflikt im August 2008 gegenseitigen Einsatz von Streumunition vorgeworfen.

Michael D. Miggins erklärte, die NATO habe die Inhalte der Konvention bisher nicht als bindend für ihre Operationen übernommen, da nur 20 der 28 Mitgliedstaaten die Konvention unterzeichnet hätten. Die Konvention ermögliche es Unterzeichnerstaaten ausdrücklich, weiterhin militärische Kooperationen mit Nichtunterzeichnerstaaten einzugehen, so dass es kein Problem im Hinblick auf die Interoperabilität der Bündnispartner gebe. Zu einzelnen nationalen Positionen zu diesem Thema könne er als Mitarbeiter einer internationalen Organisation nicht Stellung nehmen.

VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über „Schützen, um zu Projizieren: Der territoriale Verteidigungs- und Abschreckungsbedarf der NATO“, vorgelegt von der Berichterstatterin Ragnheidur E. Árnadóttir (Island)

Die Berichterstatterin Abgeordnete **Ragnheidur E. Árnadóttir** (Island) hielt die Beistandspflicht gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages nach wie vor für einen Kernbestand des Bündnisses. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei die Verteidigung gegen einen potentiellen Angriff der Sowjetunion der einzige Sinn der Allianz gewesen. Dies habe sich zwar inzwischen geändert, aber gerade die neuen Mitgliedstaaten hätten deutlich gemacht, welche Bedeutung sie der Beistandsklausel auch heute noch zubilligten. Der Berichtsentwurf sei daher ein erster Ansatz, um mit einer Debatte über die heutige Bedeutung des Artikels 5 für das Bündnis zu beginnen, denn die NATO könne nicht nur für exterritoriale Einsätze zuständig sein. Gerade der militärische Konflikt zwischen Georgien und der Russischen Föderation habe in Erinnerung gerufen, dass kriegerische Auseinandersetzungen auch im Europa des 21. Jahrhunderts vorstellbar seien. Ein Vertrauensverlust im Hinblick auf die Fähigkeit und Bereitschaft der NATO zur Verteidigung des Bündnisgebietes berge die Gefahr einer Rückkehr zu nationalen Rüstungsanstrengungen, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts als fatal herausgestellt hätten. Es sei erforderlich, der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten zu vermitteln, wofür die NATO auch heute noch stehe. Dazu gehöre sowohl die exterritoriale Einsatzfähigkeit als auch die Fähigkeit, das Territorium der Bündnispartner zu verteidigen.

VII. Aktivitäten von 2009 bis 2010

Der Ausschussvorsitzende Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) erinnerte an die bereits vereinbarten Aktivitäten des Ausschusses für das laufende Jahr 2009. Ein Mitglied der britischen Delegation empfahl für 2010 Besuche des Ausschusses in Afghanistan, Japan und Südkorea.

Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 23. Mai 2009, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über die Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren die globale Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die wirtschafts- und sicherheitspolitische Lage sowie die transatlantische Energiesicherheit.

II. Vortrag von Josette Sheeran, Geschäftsführerin des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen, zum Thema „Die Verbindung von Ernährung und Sicherheit: Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte von Lebensmittelkrise und Ausnahmezuständen“

Josette Sheeran zeigte eingangs eine rote Tasse als Symbol des Programms, das täglich 20 Millionen Kinder weltweit versorge. Sie erklärte, die Befriedigung des Grundbedürfnisses nach Nahrung habe nicht nur humanitäre Aspekte. Bis Ende 2008 sei die Zahl der unterernährten Menschen auf knapp eine Milliarde gestiegen, 2009 werde ein weiterer Anstieg erwartet. Lebensmittelpreise seien in den vergangenen drei Jahren weltweit um 83 Prozent, bei Weizen sogar um 181 Prozent, gestiegen. Ursache dafür sei die wachsende Nachfrage nach Lebensmitteln durch das Bevölkerungswachstum und den zunehmenden Wohlstand in den Schwellenländern. Durch den Anbau von Pflanzen für Biokraftstoffe und den Klimawandel würden die Erträge weiter geschmälert. Weltweit seien 33 Länder durch die steigenden Preise in ihrer Stabilität bedroht. Die Zusammenhänge zwischen der Lebensmittelkrise, aber auch der Energie- und Wasserversorgung, mit der internationalen Sicherheit dürften nicht unterschätzt werden. Sie müssten deshalb auch mehr in die öffentliche Wahrnehmung. Josette Sheeran sprach sich für die engere Koordination der globalen Hilfs- und Sicherheitsmaßnahmen aus. Hier könne auch die NATO eine wichtige Rolle spielen, beispielsweise durch die Sicherung der Versorgungswege. Abschließend dankte sie allen Abgeordneten für die finanziellen Beiträge der Länder zum Welternährungsprogramm, bat aber auch um eine weitere kontinuierliche Unterstützung. Insbesondere betonte sie, Finanzmittel seien sinnvoller als Produkte, weil damit die lokale Ökonomie gestärkt werden könne. Jede Investition in Agrarproduktion und Infrastruktur sei eine

Investition in die politische und gesellschaftliche Stabilität eines Landes.

III. Vortrag von Neil Davies, Chief Economist and Head of Division for Economic Statistics and Advice, Verteidigungsministerium des Vereinigten Königreiches, zum Thema „Umgang mit Verteidigungshaushalten in Zeiten der globalen Finanzkrise und der Rezession“

Neil Davies referierte über die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Verteidigungshaushalte und damit auf die nationale und globale Sicherheit. Die inneren und äußeren Bedrohungen hätten sich über die Jahre verändert. Als Beispiele nannte er die Gefahren, die von einem destabilisierten Russland ausgehen könnten und wies auf die möglichen Auswirkungen von steigender Arbeitslosigkeit für die innere Stabilität in Westeuropa hin. Neben den hohen Ausgaben durch die Finanzkrise und der daraus resultierenden höheren Staatsverschuldung würden die sinkenden Steuereinnahmen die Probleme verschärfen. Einsparungen seien die Folge und die Verteidigungshaushalte in der öffentlichen Meinung dafür eher geeignet als zum Beispiel Gesundheit oder Bildung. In einigen Ländern suche man bereits nach Einsparpotenzialen für das kommende Haushaltsjahr. Durch langfristige Festlegungen für größere Projekte könnten deutliche Reduzierungen jedoch erst ab 2011 umgesetzt werden. Er wies auch auf die ungünstigen regionalen Entwicklungen bei einer Minderung von Entwicklungsleistungen hin (zum Beispiel höhere Jugendarbeitslosigkeit). Ein niedriger Ölpreis nütze den Verbrauchern, bedeute aber für die Regierungen der Öl fördernden Staaten einen erheblichen Rückgang der Einnahmen. Abschließend sah Neil Davies in mehr Effizienz und einer engeren Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Beschaffung von teurer Spezialausrüstung und -ausstattung eine Möglichkeit der Kostenreduzierung.

Der Vorsitzende des Ausschusses, der Abgeordnete **Hugh Bayley**, schlug vor, Daten über die Entwicklung der Verteidigungshaushalte der Mitgliedsstaaten für die nächste Jahrestagung zusammenzustellen.

IV. Vortrag von Dag Harald Claes, Professor, Department of Political Science, Universität Oslo, zum Thema „Weltweite Energiemarkttendenzen – Höhepunkt oder Tag des jüngsten Gerichts?“

Seinen Vortrag begann **Professor Dag Harald Claes** mit einem Überblick über die Ölpreisentwicklung der letzten 40 Jahre und die unterschiedlichen Schätzungen der weltweiten Rohölreserven. Der kontinuierliche Preisanstieg der letzten Jahre sei weniger Ausdruck einer Reservenverknappung als vielmehr Folge mangelnder Investitionen. Er erläuterte, ein niedriger Ölpreis führe zu geringen Investitionen und zu einer Reduzierung der weltweit freien Kapazitäten. Stärkere Produktionskürzungen würden vorgenommen, um einen weiteren Preisverfall zu

verhindern, bedeuteten zugleich aber auch finanzielle Einkommenseinbußen. Der Ölmarkt sei insgesamt komplizierter geworden; Claes wies in diesem Zusammenhang auf die Konkurrenz zwischen Ländern der Organisation erdölexportierender Länder (*Organization of Petroleum Exporting Countries*, OPEC) und Nicht-OPEC-Ländern hin sowie auf die Einflüsse von staatlichen und privaten Ölkonzernen. Mit dem Einsatz neuer Fördertechnologien sei ein starker Rückgang der Förderkosten einhergegangen. Zusammenfassend erklärte Claes, ein hoher Ölpreis sei notwendig, um Investitionen im Ölsektor wieder attraktiv zu machen und durch die daraus resultierenden Kapazitätsausweitungen einen noch stärkeren Preisanstieg zu verhindern. Genügend Investitionen würden den Markt auch in Zukunft im Gleichgewicht halten. Ein breiterer Zugang zu den weltweiten Rohölvorräten, vor allem für private Ölkonzerne, sei unabdingbar. Er warb für die Nutzung alternativer Energiequellen und die Entwicklung neuer Technologien.

V. Beratung über den Berichtentwurf des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ über „Nahrungsmittelpreisschocks und ihre Auswirkungen auf die Nahrungsmittelsicherheit“, vorgelegt vom Berichterstatter Petras Austrevicius (Litauen)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Petras Austrevicius** erklärte eingangs, die hohen Nahrungsmittelpreise könnten in den Entwicklungsländern gesellschaftlich und wirtschaftlich verheerende und sogar politisch destabilisierende Folgen haben, da sie Millionen Menschen in noch größere Armut und prekärere Lebensumstände trieben. Aber auch für die industrialisierte Welt bedeuteten sie langfristig wirtschaftliche, humanitäre, politische, entwicklungspolitische und sicherheitsbezogene Probleme. Der wachsende Nahrungsmittelbedarf stelle die internationale Gemeinschaft vor die Herausforderung, die Agrarmärkte so zu strukturieren, dass dieser erhöhten Nachfrage entsprochen werden könne, ohne die Ärmsten auszuschließen. Technischer Fortschritt und besseres Agrarmanagement seien von entscheidender Bedeutung für die Erhöhung der Produktion und die Befriedigung der wachsenden Nachfrage zu bezahlbaren Preisen. Hohe Subventionen zur Erzeugung von Biokraftstoffen sollten aufgegeben werden, da sie nicht nur kostspielig sondern auch ineffektiv seien. Es sollten mehr Ressourcen zur Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten Generation verwendet werden, die nicht mit Nahrungsmitteln um Land und Wasser konkurrierten. In der Diskussion erklärte Petras Austrevicius, ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde sowie neue Initiativen zur Liberalisierung des Handels mit Nahrungsmitteln würden zu einer Verbesserung der Nahrungsmittelsicherheit beitragen. Es müsse auch weiterhin Druck auf kriegführenden Parteien in einer Reihe von Konflikten ausgeübt werden, die fortführen, das Aushungern von Zivilisten als eine Methode der Kriegsführung zu verwenden. Auch dies stelle eine wichtige Ursache für die Nahrungsmittelunsicherheit in einigen Regionen der Welt dar.

VI. Beratung über den Berichtentwurf des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ über „Energieproduktion in Zentralasien: Potenzielle Beiträge zur transatlantischen Energiesicherheit“, vorgelegt vom Berichterstatter Attila Mesterhazy (Ungarn)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Attila Mesterhazy** bezog sich auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine im letzten Winter und die damit für einige Länder in Europa einhergehenden schweren, unerwarteten Störungen der eigenen Gasversorgung. Die Krise habe erneut Zweifel an der Zuverlässigkeit der russischen Gasexporte aufkommen lassen. Deutlich sei dabei auch geworden, dass kein alternatives Energieangebot verfügbar gewesen sei. Es überrasche daher nicht, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs in ihrem Bestreben, den Kreis ihrer Energielieferanten zu vergrößern, nun nach Nordafrika, in den südlichen Kaukasus und nach Zentralasien blickten. Russland erkläre zwar nachdrücklich, man wolle die Energiepartnerschaft mit Europa pflegen und vertiefen, doch in Europa Sorge man sich wegen Russlands Neigung, Gas eher als diplomatisches Druckmittel zu betrachten. Die geplante neue Pipeline-Infrastruktur sei daher ein wesentlicher Aspekt für die europäischen Energiemärkte. Weiter seien ein hohes Maß an Flexibilität, Entwicklung von Notfallprogrammen und mehr Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten wichtige Voraussetzungen für eine höhere Energiesicherheit in Europa. Außerdem sei die Schaffung eines gemeinsamen Energiemarktes ein wichtiges Ziel.

VII. Beratung über den Generalberichtsentwurf „Die globale Finanz- und Handelskrise: Auswirkungen auf die atlantische Völkergemeinschaft“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Simon van Driel (Niederlande)

Die Finanz- und Wirtschaftskrise stelle die internationale Gemeinschaft vor eine ganze Reihe finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Herausforderungen, begann Generalberichterstatter Abgeordneter **Simon van Driel** (Niederlande). Er zitierte den britischen Politökonom Robert Skidelsky, der in der finanziellen „Kernschmelze“ ein dreifaches Versagen sehe: Ein Versagen der Banken, der Kreditinstitute und der Regulierung; ein Versagen mit dem Ausgangspunkt eines blinden Glaubens an die globalen Märkte und ihre Fähigkeit, langfristig für ein stabiles Gleichgewicht zu sorgen, und ein moralisches Versagen, weil dem Wachstum um seiner selbst willen größeres Gewicht als anderen denkbaren Zielen (zum Beispiel Systemstabilität und einer gerechten Vermögensverteilung) beigemessen worden sei. Er erklärte, auch wenn sich ein Wachstumsrückgang in geringeren Handelsgeschäften und schrumpfenden Exportmärkten niederschlage, komme es entscheidend darauf an, die Märkte uneingeschränkt offen zu halten. Der Handel sei ein grundlegender Wachstumsfaktor und werde zwangsläufig Teil jeder tragfähigen Lösung für die gegenwärtige Schiefelage sein müssen. Die Versuchung, in Protektionismus zu verfallen, werde auch durch die gewaltigen Kon-

junkturpakete verstärkt. Jede starke Erhöhung der Staatsausgaben führe zwangsläufig zu „Importabflüssen“, die die Auswirkungen im eigenen Land beträchtlich verringerten. Zusammenfassend benannte Simon van Driel nationale Lösungen und betonte, die Notwendigkeit von koordinierten Reaktionen, Änderungen der weltweiten Finanzarchitektur sowie Regulierung der Finanzmärkte seien erforderlich. Die Regierungen müssten ihre Aktionen koordinieren, da es in der globalisierten Wirtschaft keine rein nationalen Lösungen gebe. Die Konjunkturpakete müssten „zeitnah, vorübergehend und zielgerichtet“ sein, längerfristige Produktivität sowie größere Energieeffizienz und ökologische Nachhaltigkeit sichern. Abschließend betonte er, in dieser Krise benötigten die Entwicklungsländer besondere Berücksichtigung und Unterstützung.

Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Die Sitzung wurde von der Vorsitzenden des Ausschusses für die zivile Dimension der Sicherheit, Abgeordnete **Jo Ann Emerson** (USA), geleitet.

I. Überblick über die Themen

Die Ausschussmitglieder befassten sich in ihren Beratungen mit den Themen zivil-militärische Beziehungen, Öffentlichkeitsarbeit der NATO, Lebensmittelkrise und daraus entstehende Sicherheitsrisiken sowie mit den Berichtsentwürfen zu Sicherheitsherausforderungen und Kooperationsmechanismen in Zentralasien, Piraterie und den Aussichten für eine euroatlantische Integration der Republik Moldau. Sie nahmen die Kommentare des Generalsekretärs der NATO zu den politischen Empfehlungen, die von der Parlamentarischen Versammlung der NATO im Jahr 2008 angenommen worden waren, ohne Aussprache zur Kenntnis.

II. Vortrag von Elisabeth Rasmusson, Generalsekretärin des Norwegischen Flüchtlingsrates (Norwegian Refugee Council, NRC), zum Thema „Die zivil-militärischen Beziehungen in Afghanistan“

Der Vortrag von Generalsekretärin **Elisabeth Rasmusson** befasste sich mit der den zivil-militärischen Beziehungen in Afghanistan innewohnenden Problematik, da humanitäre Hilfsmaßnahmen oftmals in Gebieten stattfinden müssten, die auch von militärischen Operationen betroffenen seien. Diese Gleichzeitigkeit der Operationen erschwere nicht nur die Hilfe an sich, sondern berge für die zivilen Helferinnen und Helfer die Gefahr, Ziel von militärischen Attacken zu werden. Verschärft werde diese Situation dadurch, dass es in Afghanistan zahlreiche Akteure im militärischen wie im zivilen Bereich gebe, die zwar mit ähnlichen, aber doch unterschiedlichen Mandaten versehen seien. Neben den alltäglichen, durch den Krieg ausgelösten Widrigkeiten und Unsicherheiten für die Bevölkerung werde die sozioökonomische Situation der Menschen durch die etwa fünf Millionen zurückgekehrten Flüchtlinge verschärft, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht integriert werden könnten. Für sie fehle es an Arbeit, an Wohnungen oder an einer gesicher-

ten Lebensmittelversorgung. Obwohl genügend Hilfsressourcen vorhanden seien, könne Hilfe oftmals nicht geleistet werden, da die Zugänglichkeit und Sicherheitslage in vielen Gebieten sich dramatisch verschlechtert hätten. Die angesprochene Gleichzeitigkeit militärischer und ziviler Operationen und die unklare Rollenverteilung zwischen dem Militär und den zivilen Hilfsorganisationen führten dazu, dass beide Gruppen Ziel von Anschlägen seien. Die Aufgabe des Militärs sei es, politische Ziele mit militärischen Mitteln durchzusetzen und für eine Stabilisierung der Sicherheitslage zu sorgen, nicht aber humanitäre Hilfe zu leisten. Neutralität und Unabhängigkeit von politischen Zielen seien aber Grundsätze, die zivile Hilfsorganisationen für sich in Anspruch nähmen. Das Vertrauen der Hilfebedürftigen könne nur gewonnen und erhalten werden, wenn diese Grundsätze eingehalten würden. Das sei in Afghanistan immer schwieriger zu bewerkstelligen. Insbesondere die PRTs trügen zu einer Vermischung der Rollen von militärischer und ziviler Hilfe bei. Diese Strategie des Erreichens der „Herzen und Sinne“ halte sie für langfristig nicht tragfähig. Der Einsatz der PRTs könne nicht zu einer dauerhaften und nachhaltigen Hilfe führen, weil der Einsatz von anderen als humanitären Prioritäten abhängt. Zudem machten bewaffnete Oppositionsgruppen die PRTs oft zum Ziel ihrer Attacken. Wenn die PRTs das jeweilige Gebiet verlassen hätten, würden die Hilfsorganisationen dort ebenfalls Ziel von Angriffen, da die Angreifer nicht zwischen PRTs oder zivilen Helfern unterschieden. Die Rollenvermischung erhöhe das Risiko für die humanitären Helfer, und aufgrund des erhöhten Risikos erreichten weniger Hilfe und Unterstützung die Bevölkerung.

Diese Analyse der Gefahrensituation rechtfertige ihre Forderung nach einer klaren Trennung der beiden Aufträge und Aktivitäten sowie die nach einer deutlichen Kennzeichnung der Unterschiede zwischen Hilfsorganisationen und Militär. Sie begrüße es, dass die NATO in der Zwischenzeit darauf verzichte, weiße Fahrzeuge zu verwenden, da die Farbe immer mit Hilfsorganisationen in Verbindung gebracht werde. Sicherlich sei eine bessere Koordinierung und Abstimmung zwischen Hilfsorganisationen und dem Militär sinnvoll, aber ebenso wichtig sei die gegenseitige Anerkennung der Grundsätze für den jeweiligen Auftrag. Sie könne sich nur eine Situation vorstellen, in der militärische Hilfe akzeptabel sei, und das seien Notfallsituationen, zum Beispiel Erdbeben oder sonstigen Katastrophen, wenn zivile Hilfe in kurzer Zeit nicht bereitgestellt werden könne.

Der Abgeordnete **Juozas Olekas** (Litauen) stimmte der Einschätzung der Generalsekretärin zu und verwies auf den in Afghanistan notwendigen ganzheitlichen Ansatz. Es gebe einen Mangel an Koordination, der nur durch eine engere Zusammenarbeit aller Beteiligten – Hilfsorganisationen, Militär, Provinzregierungen und der Bevölkerung – vermieden werden könne. **Elisabeth Rasmusson** erläuterte, dass Hilfe immer auf der Grundlage der Bedürfnisse erfolgen müsse, wenn sie effektiv sein solle. Sie stimme zu, dass es Koordinationsmängel der internationalen Gemeinschaft hierbei gebe. Sie plädiere jedoch nochmals für eine strikte Trennung von militärischen Einsätzen und von Hilfeinsätzen. Der Abgeordnete **Hans Olav Syversen** (Norwegen) stellte fest, dass er den Hilfs-

einsatz des Militärs in Pakistan nach dem dortigen schweren Erdbeben für richtig gehalten habe. Der Abgeordnete **Jacques Gautier** (Frankreich) erläuterte, dass die NATO in Afghanistan mit einem Mandat der VN operiere, was auch humanitäre Hilfe beinhalte. Dies gelte es für die Hilfsorganisationen zu akzeptieren und sich darauf einzustellen. Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) erläuterte, dass Kanada die Rolle seiner Soldaten nicht nur im militärischen Bereich sehe, sondern sie anhalte, auch beim Wiederaufbau des Landes mitzuarbeiten. Allerdings gestalte sich dieser Auftrag gerade im Süden des Landes als sehr schwierig, da die Sicherheitssituation zunehmend schlechter werde. **Elisabeth Rasmussen** betonte nochmals, dass sie militärische Hilfe in Notsituationen für sinnvoll und richtig halte. Trotzdem halte sie die Trennung beider Einsatzbereiche für richtig, wenn Hilfe effektiv und nachhaltig sein solle. Zurzeit werde ein Büro für humanitäre Hilfe in Afghanistan eingerichtet, das bestehende Koordinationsmängel vermeiden helfen solle. Die Abgeordnete **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten) wollte wissen, welche Vorschläge es unter den gegebenen Umständen für eine bessere Koordination gebe und wen die Hilfsorganisationen ansprächen, um ihre Einsätze vorzubereiten. **Elisabeth Rasmussen** erläuterte, dass in Afghanistan ungewöhnlich viele Hilfsorganisationen tätig seien. Es gebe keinen Mangel an zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die Hilfsaktivitäten seien oftmals – aus Sicherheitsgründen – in militärische Operationen eingebettet. Die Organisationen arbeiteten bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Operationen eng mit dem Hohen Flüchtlingskommissar und anderen Organisationen der VN zusammen. Sie stimme zudem der Auffassung zu, dass es einen verbesserten Dialog zwischen dem Militär und den Hilfsorganisationen geben solle und dass auch die Hilfsorganisationen ihre Arbeit und Strategien kritisch hinterfragen müssten.

III. Vortrag von Jean-François Bureau, Stellvertretender NATO-Generalsekretär, *Public Diplomacy Division*, zum Thema „Die Kommunikationsherausforderung der NATO: Aussichten und Prioritäten“

Jean-François Bureau erläuterte, dass der sechzigste Geburtstag der NATO deutlich gemacht habe, dass trotz intensiver Öffentlichkeitsarbeit die Wahrnehmung der NATO unscharf und vage geblieben sei. In der Bukarester Erklärung habe die NATO deutlich gemacht, dass sie sich vornehmen wolle, besser, schneller und direkter zu informieren. Der NATO-Gipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden Anfang April 2009 habe unterstrichen, dass die militärischen Ziele des Bündnisses klar herausgestellt werden müssten und dass um Verständnis für diese Ziele geworben werden müsse. Er habe eine Untersuchung durchführen lassen, die erste Hinweise auf Einstellungen und Kenntnisse zur NATO liefere. Befragt worden seien Ende 2008 Menschen in zehn NATO-Staaten (unter anderem in Deutschland, Spanien, Bulgarien, Kanada, Tschechien) im Alter von 20 bis 45 Jahren. Die Untersuchung zeige, dass mit der NATO die Begriffe Frieden und Schutz in Verbindung gebracht würden. So hätten 92 Pro-

zent der Befragten gewusst, dass ihr Land der NATO angehöre, allerdings seien die Aktivitäten des Bündnisses nur mangelhaft bekannt gewesen. Zwei Drittel konnten etwas über den Zweck der NATO sagen und 28 Prozent hatten viel und 13 Prozent kein Verständnis für deren Aktivitäten. Die Antworten zeigten zudem Generationsunterschiede: ältere Befragte hatten mehr Verständnis als jüngere. Die Wahrnehmung der NATO sei in Deutschland mit 54 Prozent recht hoch, erreiche in den USA aber lediglich 29 Prozent. Die junge Generation könne häufig nicht nachvollziehen, welchen Mehrwert das Bündnis für sie habe oder schaffe. Zwar sähen 51 Prozent das Image der NATO eher positiv, aber für 30 Prozent sei es unklar und vage. Sein Resümee sei: die Rolle der NATO werde durchaus wahrgenommen, aber die Kenntnisse über die Allianz seien lückenhaft und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit werde von ihren Aktivitäten bestimmt – leider auch von den negativen. Eine Wiederholung der Untersuchung im Herbst 2009 sei geplant und er hoffe, hierdurch belastbarere Aussagen zu erhalten. Die Untersuchung zeige die Richtung an, in der weiter gearbeitet werden müsse. Hierzu gehöre der verstärkte Einsatz der neuen Medien für die Öffentlichkeitsarbeit. Neben einer verstärkten Präsenz im Internet würden auch weiterhin Printmedien eingesetzt. Zudem müsse die bereits enge Kooperation mit den Presseoffizieren in den einzelnen NATO-Ländern intensiviert und ausgebaut werden.

Der Abgeordnete **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) stimmte der Auffassung zu, dass das Bild des Bündnisses in der Öffentlichkeit vage sei. Er wollte wissen, ob es bei der Untersuchung auch Fragen über die Rolle der USA in der Organisation gegeben habe. Ein Abgeordneter aus **Rumänien** erläuterte, dass vor der Aufnahme der osteuropäischen Länder die Unterstützung für das Bündnis stark gewesen sei. Nach dem Beitritt sei diese zurückgegangen. Insbesondere Jugendliche wüssten heute nicht, was die NATO eigentlich mache. **Jean-François Bureau** erläuterte, dass er für die geringe Wahrnehmung der Allianz die eher nationale Sicht auf das Militär in den Mitgliedstaaten verantwortlich mache. Er sei aber überzeugt, dass diese Sichtweise globaler werde. Die angesprochene Wahrnehmung der NATO in den USA habe natürlich Auswirkungen auf das Bild des Bündnisses. Es werde allerdings auch von dem Engagement der USA abhängen, ob sich das Bild der Allianz positiv verändere. Das abnehmende Interesse am Bündnis in den neuen Beitrittsländern sage allerdings nichts über die Zustimmung zum Bündnis aus, die hoch sei. Die Abgeordnete **Maria Jesus Castro** (Spanien) unterstrich die Bedeutung der Untersuchung. Sie unterstütze den Ansatz, insbesondere die junge Generation über das Internet erreichen zu wollen. In Spanien habe das Militär einen guten Ruf, weil es sich des Öfteren positiv beim Einsatz gegen die Folgen von Naturkatastrophen ausgezeichnet habe. Sie rege an, in die nächste Untersuchung die Geschlechterperspektive mit einzubeziehen. Der Abgeordnete **Ophir Pinez-Pas** (Israel) wies darauf hin, dass auch die Rolle der NATO über ihren militärischen Auftrag hinaus deutlich gemacht werden müsse. Nur so könne das Verständnis in der Bevölkerung verstärkt werden. Er wollte wissen, wie das in den

USA gesehen werde. **Jean-Francois Bureau** bestätigte, dass die Genderperspektive in die geplante nächste Untersuchung aufgenommen werde. Die Untersuchung zeige Unterschiede bei der Bewertung der NATO in den USA und Europa. Während in Europa zwei Drittel der Bevölkerung den Wiederaufbau in Afghanistan positiv sähen, befürwortete in den USA etwa der gleiche Anteil gleichzeitig auch ein hartes militärisches Vorgehen. Dies werde in Europa sehr viel weniger unterstützt. Die Untersuchung stelle jedoch nur eine Momentaufnahme dar und dürfe nicht überinterpretiert werden. Validere Ergebnisse seien durch die Folgeuntersuchungen zu erwarten. Der Abgeordnete **Jacques Gautier** (Frankreich) stellte fest, dass die Bevölkerung die NATO immer dann intensiv wahrnehme, wenn diese zivile Opfer, wie beispielsweise in Afghanistan, verursacht habe. Er plädiere dafür, die tägliche Arbeit der Organisation und der Soldaten, die ihr Leben einsetzten, besser und positiver darzustellen. **Jean Francois Bureau** schloss sich dieser Auffassung an. Es sei wichtig, ein Gefühl dafür zu vermitteln, unter welchen Bedingungen Einsätze durchgeführt werden müssten. Das müsse auch in Ländern deutlich gemacht werden, die nicht Mitglied der NATO seien. So hoffe er beispielsweise, dass das Moskauer Büro der NATO bald wieder seine Arbeit aufnehmen könne. Senator **Vicenzo Bianco** (Italien) fragte, welche Strategie im Umgang mit dem Terrorismus eingeschlagen werde, ob diese auch den Dialog der Kulturen beinhalte und welche Rolle die NATO in diesem Zusammenhang spiele. Der Abgeordnete **Alexander Savenkov** (Russische Föderation) äußerte kritisch, dass die Konzentration auf die militärische Sicherheit einen Rückfall in alte Zeiten befürchten lasse. Er frage sich, warum die NATO in ihrer Informationspolitik so zögerlich sei. Manchmal werde etwas mit Verspätung und manchmal gar nicht veröffentlicht. **Jean Francois Bureau** antwortete, dass der vom ihm vorgestellte Ansatz in erster Linie das Ziel verfolge, das Wissen über das Bündnis zu verbreitern. Dafür gelte es, die richtigen Mittel und Werkzeuge zu finden. Heute sei es problemlos, jedwede Information – ob wahr oder falsch – schnell zu verbreiten. So veröffentlichten beispielsweise die Taliban nach einem Angriff Fantasiezahlen von Opfern. Die NATO könne diesen Wettlauf, ließe sie sich darauf ein, nicht gewinnen. Gezielter Desinformation von terroristischen Gruppen könne nur seriöse Informationsverbreitung der NATO entgegengesetzt werden. Vertrauen lasse sich nur über ehrliche und wahrheitsgemäße Informationspolitik gewinnen.

IV. Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ über „Ein Überblick über die Sicherheitsherausforderungen und Kooperationsmechanismen in der Region Zentralasien“, vorgelegt vom Berichterstatter Marc Angel (Luxemburg)

Der Berichterstatter Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) führte aus, dass die Länder der Region zu bedeutenden strategischen Partnern geworden seien, nicht nur im Zusammenhang mit den Stabilisierungs- und Wiederauf-

bauoperationen in Afghanistan, sondern auch bei den Bemühungen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und auf dem Gebiet der Energieversorgung. Der vorgelegte Bericht baue auf dem 2008 veröffentlichten Bericht mit dem Titel „Demokratie und Sicherheit in Zentralasien: Welche Politik für NATO und EU?“ auf, der den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Übergang in fünf Ländern Zentralasiens – Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan – beurteile, und die Entwicklung der von NATO und EU verfolgten Politiken in der Region vorstelle. Er beanspruche nicht, eine erschöpfende Analyse der Sicherheitsbedrohungen in Zentralasien zu sein, sondern konzentriere sich auf eine begrenzte Anzahl wichtiger Herausforderungen: Grenzkontrolle, organisiertes Verbrechen, religiöser Extremismus und Terrorismus, Drogenhandel sowie die Bewirtschaftung des Wassers und der Energiequellen. Es müsse darauf hingewiesen werden, dass sich nicht alle Staaten der Region in Bezug auf die unterschiedlichen Herausforderungen in derselben Lage befänden. Umgekehrt gälten einige der Bedrohungen, auf die in dem Bericht hingewiesen werde, auch für andere Nachbarstaaten, die nicht als ein Teil Zentralasiens angesehen würden. Dies gelte insbesondere für Afghanistan, das im Hinblick auf die Sicherheit Zentralasiens einen besonderen Stellenwert einnehme. Daher würden die komplexen Beziehungen zwischen Afghanistan und Zentralasien ebenfalls untersucht.

Der Abgeordnete **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) erkundigte sich, ob der Bericht auch den Kampf gegen den Islamismus thematisiere, welche Auswirkungen die Ereignisse in Pakistan auf Zentralasien hätten und welche Konsequenzen möglicherweise für die NATO daraus entstünden. Der Abgeordnete **Juozas Olekas** (Litauen) stellte fest, dass der Drogenschmuggel und -handel für die Taliban eine Finanzierungsgrundlage darstelle. Der Bericht solle darum auch Aussagen zu den Themen Grenzsicherheit und Grenzmanagement enthalten. Der Abgeordnete **Jacques Gautier** (Frankreich) erläuterte, dass der gesicherte Zugang zu Energieressourcen wichtig für die Stabilität in der Region sei. Er bitte, diese Problematik sowie die Ergebnisse des Besuchs einer Delegation des Ausschusses, die sich mit diesen sowie mit Fragen der Wasserverwaltung befasst hätte, in den Bericht aufzunehmen. Der Abgeordnete **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) sprach in seinem Beitrag auch noch einmal die Frage der Wasserwirtschaft und deren Bedeutung für die Sicherheit in der Region an. **Marc Angel** dankte für die Beiträge und ermutigte die Ausschussmitglieder, ihm weitere Anregungen über das Sekretariat zukommen zu lassen.

V. Vortrag von Josette Sheeran, Geschäftsführerin des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen, zum Thema „Die Verbindung von Ernährung und Sicherheit: Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte von Lebensmittelkrise und Ausnahmezuständen“

Josette Sheeran, Geschäftsführerin des Welternährungsprogramms (*World Food Programme*, WFP) der VN, er-

läuterte, dass das WFP ein Nebenorgan der VN mit Sitz in Rom sei. Die VN-Generalversammlung und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (*Food and Agriculture Organization*, FAO) der VN hätten 1961 seine Gründung beschlossen, um die Nahrungsmittelversorgung in Kriegs- und Katastrophengebieten zu sichern. Mittlerweile sei das WFP die weltweit größte und leistungsfähigste Einrichtung zur Versorgung von Notopfern und führe zahlreiche Entwicklungsprojekte durch. Außerdem verwalte das WFP die 1975 eingerichtete Internationale Nahrungsmittel-Notreserve (*International Emergency Food Reserve*, IEFER). Im Laufe der Jahrzehnte sei eine enge Zusammenarbeit des WFP mit zahlreichen internationalen Hilfsorganisationen und nichtstaatlichen Organisationen entstanden. Im Jahr 2008 habe das Welternährungsprogramm 73 Millionen Menschen in 78 Ländern mit Lebensmitteln versorgt. Aufgrund der seit Beginn des Jahres weltweit drastisch gestiegenen Nahrungsmittelpreise seien erhebliche Finanzierungslücken in Höhe von 756 Millionen Dollar entstanden, sodass die Organisation habe erwägen müssen, einzelne Projekte wie beispielsweise Schulspeisungen auszusetzen. Anders als die meisten VN-Organisationen finanziere sich das WFP weitestgehend über Spenden. Lediglich zwei Prozent des Budgets stammten aus einer sichereren Quelle. Die Lebensmittel- sowie die globale Wirtschafts- und Finanzkrise trügen besonders in den ärmsten Ländern der Welt zu einer ungeheuren Destabilisierung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse bei. Mitleid löse das Problem nicht, sondern nur eine Änderung der Lebensverhältnisse, die die Menschen wieder in die Lage versetzte, sich eigene Ressourcen und Märkte zu erschließen. Die Voraussetzungen für die Schaffung gesellschaftlich – national, regional und örtlich – stabiler Verhältnisse sei nicht nur Geld, sondern auch die Bereitstellung von technischem und wissenschaftlichem Know-how. Die Industrienationen trügen hierbei eine besondere Verantwortung.

Der Abgeordnete **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) fragte, ob die Referentin in einer stärkeren Liberalisierung der Märkte einen Beitrag zur Lösung der geschilderten Probleme sähe und wie die Zusammenarbeit mit der FAO aussehe. Die Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) wollte wissen, ob das WFP eine besondere Öffentlichkeitspolitik betreibe. Ein Abgeordneter aus Rumänien stellte die Frage, wie die Versorgung mit Hilfslieferungen in Krisenregionen sichergestellt werde. Der Abgeordnete **Dennis Moore** (Vereinigte Staaten) wies darauf hin, dass die Versammlung einen Bericht zur Lebensmittelversorgung erstellt habe. Er wollte wissen, ob der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ein Lösungsweg sein könne. **Josette Sheeran** antwortete, dass es beim WFP in erster Linie um Versorgungssicherheit und den Zugang zu Lebensmitteln gehe. Eine Liberalisierung der Märkte leiste dazu ihrer Meinung nach keinen Beitrag. Soweit sie wisse, diskutierten die G-8-Staaten das Thema Versorgungssicherheit bei ihrem nächsten Treffen. Das Verhältnis zu FAO sei so zu beschreiben: die FAO sei zuständig für alles, was mit Landwirtschaft und Bauern zu tun habe;

das WFP kümmere sich eher um den einzelnen Menschen. In ihrer Öffentlichkeitsarbeit gehe es darum, nicht Mitleid zu schüren, sondern klar und deutlich zu machen, dass nur mit einem gemeinsamen Willen und mit Geld eine Verbesserung der Situation herbeigeführt werden könne. Die Versorgung in Krisengebieten sei in der Tat prekär. In Kenia, wohin viele Somalier geflüchtet seien, kämen die Lebensmittel nicht immer da an, wo sie eigentlich hin sollten. Das WFP habe zwar lokale Mitarbeiter, die ihr äußerstes versuchten, aber selbst diese seien nicht immer in der Lage, die Transporte an ihren Bestimmungsort zu leiten. Was gentechnisch veränderte Lebensmittel angehe, sei die Haltung des WFP indifferent. Es sei Sache der Regierungen, hierüber zu entscheiden.

VI. Beratung über den Generalberichtsentwurf „Die wachsende Gefährdung der regionalen und der weltweiten Sicherheit durch Piraterie“, vorgelegt vom Generalberichtserstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Der Generalberichtserstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erläuterte, dass sich der Bericht auf die Darstellung der Situation vor der somalischen Küste und im Golf von Aden beschränke. Im Laufe des vergangenen Jahres habe es einen deutlichen Anstieg der Anzahl von Übergriffen durch Piraten auf hoher See gegeben, wobei eine besondere Häufung von Zwischenfällen vor der Küste von Somalia zu verzeichnen sei. Dies führe dazu, dass nicht nur Wesen und Ausmaß der von der Piraterie ausgehenden Bedrohung, sondern auch die angemessene Reaktion der Staatengemeinschaft auf dieses Phänomen neu überdacht werden müssten. Im Übrigen habe die in Somalia entstandene Situation auch die Unzulänglichkeit des internationalen Rechtsrahmens in das allgemeine Bewusstsein gerückt. Fragen wie diejenige nach einer Definition des Begriffes ‚Piraterie‘ und die der Zuständigkeit und der Berechtigung, Piraten zu verhaften und strafrechtlich zu belangen, stünden im Raum. Ziel des vorliegenden Berichts sei es, die gegenwärtig von der Piraterie ausgehende Bedrohung im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Somalia einer Bewertung zu unterziehen sowie Mittel und Wege der Intensivierung des Kampfes gegen das Piratenunwesens aufzuzeigen. Ein besonderes Augenmerk müsse dabei dem angestrebten Mehrwert und den Grenzen gelten, die durch die Beiträge von NATO und EU erzielt werden könnten.

Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) wies darauf hin, dass die Situation in Somalia sehr gefährlich sei. Wenn es nicht gelinge, das gesellschaftspolitische Umfeld (Instabilität der Regierung, fehlende Rechtsicherheit) zu ändern, das Piraterie ermögliche, seien auch bei der Bekämpfung nur geringe Erfolge zu erwarten. Er wisse, dass es eine Verbindung zwischen den Piraten und dem organisierten Terrorismus, beispielsweise zu al-Qaida, gebe. Die USA seien nicht allein in der Lage, Veränderungen herbeizuführen, und er sehe in diesem Bereich eine Möglichkeit, die NATO stärker einzubringen. Sie könne zum Beispiel bei der Ausbildung

und Unterstützung der lokalen Sicherheitskräfte eine führende Rolle einnehmen. Somalia wolle keine Hilfe durch militärische Aktionen, sondern bitte um „Ressourcen“ (Geld, Ausbilder), um die geeigneten Strukturen selbst aufbauen zu können. Senator **Vicenzo Bianco** (Italien) sprach sich für ein stärkeres Engagement in Somalia und vor der somalischen Küste aus. Seiner Ansicht nach könne die internationale Gemeinschaft mehr als bisher tun. Auch er sehe Hinweise für die Unterstützung der Piraten durch al-Qaida, wofür unter anderem ihre moderne Ausrüstung spreche. Die Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) wollte wissen, ob es Zahlen über nicht gemeldete Überfälle gebe. Der Abgeordnete **Francisco Ricoma** (Spanien) wies auf die mangelhaften internationalen Rechtsinstrumente zur Pirateriebekämpfung hin. Er sehe dringenden Handlungsbedarf. Zudem müsse die Koordination und Kooperation der beteiligten Staaten dringend verbessert werden. Der Abgeordnete **Michael Clapham** (Vereinigtes Königreich) bat darum, im Bericht an geeigneter Stelle auch über die Ursachen der Piraterie zu berichten. Der Abgeordnete **Maarten Haverkamp** (Niederlande) regte an darüber nachzudenken, ob Marineinfanteristen auf Handelsschiffen als Begleitschutz eingesetzt werden könnten. **Lord Jopling** bemerkte abschließend, dass es bisher keine handfesten Beweise für die Involvierung von al-Qaida bei den Piratenüberfällen gebe. Zahlen über nicht gemeldete Überfälle lägen – der Natur der Sache geschuldet – nicht vor. Weitere Hinweise bitte er, ihm schriftlich über das Sekretariat zukommen zu lassen.

VII. **Beratung des Sonderberichtsentwurfes über „Republik Moldau: Interne Herausforderungen und die Aussichten für eine euroatlantische Integration“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Marc Angel (Luxemburg)**

Der Sonderberichterstatter Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) stellte dar, dass der Krieg in Georgien im Sommer 2008 die internationale Gemeinschaft daran erinnere, dass weiterhin ungelöste Konflikte in Europa die Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum bedrohten. Das Tempo, mit dem sich die Lage in Südossetien und Abchasien verschlimmert habe, zeige auch, dass ein Konflikt niemals wirklich „eingefroren“ sei. Europa und Nordamerika hätten daher ein unmittelbares Interesse an einem friedlichen Ausgang des ungelösten Konflikts in Transnistrien, einer abtrünnigen Provinz der Republik Moldau, die lediglich 100 km von den Grenzen der EU entfernt liege. Zwar habe es in den letzten Jahren einige positive Entwicklungen gegeben, gleichzeitig herrsche jedoch weiterhin Stillstand bei den Verhandlungen unter der Vermittlung Russlands, der Ukraine und der OSZE unter Beteiligung der EU und der USA. Die Parlamentswahlen in der Republik Moldau am 5. April 2009 hätten zudem eine schwere politische Krise ausgelöst. Diese Entwicklungen belegten die anhaltende Fragilität eines Landes, das unter einer scheinbaren politischen Stabilität noch immer von tiefen Trennungslinien durchzo-

gen werde. Ziel dieses Berichts sei es, die wichtigsten Eckpunkte der derzeitigen Situation in der Republik Moldau zu untersuchen: die innenpolitische Lage und die Spannungen im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen am 5. April 2009, den Stand der Verhandlungen im Hinblick auf eine Lösung des Transnistrien-Konflikts sowie die Aussichten und die Herausforderungen an Partnerschaften, die die Republik Moldau mit der NATO und der EU aufgebaut habe. Die vorgelegte Fassung dieses Berichts beschränke sich auf eine faktische Analyse der Lage. Eine umfassendere Version mit Empfehlungen werde auf der 55. Jahrestagung der Versammlung in Edinburgh im November 2009 vorgelegt.

Der Abgeordnete **Jacques Gautier** (Frankreich) plädierte dafür, die Republik Moldau stärker als bisher zu unterstützen. Ein Abgeordneter Rumäniens bat darum, im Bericht durchgängig den korrekten Namen Republik Moldau zu verwenden. Der Abgeordnete **Alexander Savenkov** (Russische Föderation) zeigte sich verwundert über die Erwähnung des Georgienkonflikts im Bericht. Er bat, nicht nur diesen, sondern ebenso die Hinweise über die Aufteilung Moldawiens zu streichen. Ansonsten sei Russland aktiv an der Beilegung des Konflikts zwischen der Republik Moldau und Rumänien beteiligt, da es die Republik als einen souveränen und befreundeten Staat ansehe. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) regte an zu prüfen, ob das Thema Organ- und Kinderhandel, durch extreme Armut in der Republik bedingt, in den Bericht aufgenommen werden könne. **Marc Angel** wies nochmals auf die Vorläufigkeit des Berichts hin und bat, ihm weitere Hinweise über das Sekretariat zukommen zu lassen.

VIII. **Aktivitäten im Jahr 2009**

Die Vorsitzende des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit, **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten), wies auf folgende geplante Informationsbesuche des Ausschusses für 2009 hin: 15. bis 29. September 2009 Republik Moldau, 1. bis 4. Oktober 2009 New York und New Orleans.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am 24. Mai 2009 unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Lothar Ibrügger** (Deutschland).

I. **Überblick über die Themen**

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen Klimawandel und nationale Sicherheit, Bekämpfung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Verteidigungskooperation als Ausweg aus den finanziellen Einschränkungen in den Verteidigungshaushalten sowie die Energiesicherheit.

II. Beratung über den Sonderberichtsentswurf „Klimawandel und nationale Sicherheit“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Eingangs ermahnte Sonderberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) seine Ausschusskollegen, angesichts der grassierenden Finanzkrise die klimapolitischen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. Einigkeit bestehe unter den Regierungen, dass die von Forschungsinstituten erhobenen Daten zu optimistisch gewesen seien; faktisch verlaufe der Klimawandel rascher und mit gravierenderen Folgen als prognostiziert. Positiv bewertete Pierre Claude Nolin die ehrgeizigeren Klimaziele der US-Regierung Barack Obamas im Vergleich zu denen der Vorgängerregierung.

III. Vortrag des norwegischen Ministers für Umwelt und internationale Entwicklung Erik Solheim

Einmütig bewerte die internationale Staatengemeinschaft die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels, so begann Minister **Erik Solheim** seine Ausführungen. Wissenschaftler schätzten, dass sich innerhalb der nächsten einhundert Jahre die Erde um fünf Grad erwärmen werde. Damit erhöhe sich der Meeresspiegel um circa 50 Zentimeter, was allein in Bangladesch das Überleben von 20 Millionen Menschen gefährde. Das herausziehende „Massenvernichtungswetter“ könne zu sozialen Verwerfungen und bewaffneten Konflikten führen. Weitere Folgen wären Machtverschiebungen, weil Staaten wie Indien und China von den Klimaveränderungen stärker betroffen wären; aber auch gegenwärtig stabile Staaten könnten aufgrund von Dürre zukünftig politisch instabil werden. Der Hohe Norden sehe ebenfalls Herausforderungen entgegen: die Seewege würden eisfrei, und der Druck auf die Anrainer steige, diese Wege für die Schifffahrt beziehungsweise Erdölbohrungen freizugeben. Umkehrbar sei die Lage nicht, allerdings könnten enorme Investitionen in „grüne“ Technologien die Veränderungen verlangsamen.

Der Abgeordnete **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) äußerte sich kritisch zu dem klimapolitischen Kurs der Regierung Barack Obamas, der in zwei Jahren erste Ergebnisse zeitigen werde. Der Abgeordnete **Andreas Loverdos** (Griechenland) fragte den norwegischen Umweltminister nach den Folgen des Regierungswechsels in den USA für das Klima. **Erik Solheim** unterstrich, dass Barack Obama einen Richtungswechsel vollzogen und bereits jetzt mehr für den Umweltschutz getan habe als die Vorgängerregierung in sechs Jahren. Der Abgeordnete **Andrzej Galazewski** (Polen) verwies auf die hochgesteckten Klimaziele der EU und fragte, wie die Klimasünder USA, Indien und China zu ähnlich ehrgeizigen Zielen bewegt werden könnten. Im Übrigen verwies er auf die Vorteile von Atomstrom. **Erik Solheim** gab zu bedenken, dass die genannten Schwellenländer immer noch deutlich weniger Kohlendioxid ausstießen als die Industrieländer und bat deshalb um etwas Geduld mit ihnen, ohne jedoch deren Verpflichtungen grundsätzlich in Abrede zu stellen.

IV. Beratung über den Generalberichtsentswurf „Der Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“, vorgelegt vom Generalberichterstatter Michael Mates (Vereinigtes Königreich)

Nukleare, chemische und biologische Waffen – so begann der Generalberichterstatter Abgeordneter **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) seine Ausführungen – bedrohten nach wie vor die Menschheit. Mit seinem Bericht wolle er Wege aufzeigen, wie die internationale Staatengemeinschaft zu einer besseren Kontrolle oder sogar zum Abbau dieser Waffen beitragen könne. Dreh- und Angelpunkt sei der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV), dessen drei Kernelemente die Nichtverbreitung, Abrüstung und friedliche Nutzung der Kernenergie seien. Entwicklungen in Nordkorea und im Iran schwächten den Vertrag ebenso wie die Meinungsverschiedenheiten der Kernwaffen- versus der Nichtkernwaffenstaaten darüber, ob die Nichtverbreitung oder eher die Abrüstung Vorrang habe. Besorgt zeigte sich der Generalberichterstatter nicht nur über das iranische Atomprogramm, sondern auch über potenzielle Terrorrisiken bei chemischen und biologischen Waffen.

V. Vortrag von Dr. William Potter, Leiter des „James Martin Center for Non-proliferation Studies, Monterey Institute of International Studies (MIIS“), zum Thema „Der Stand des Nichtweiterverbreitungsregimes: Die Guten, die Schlechten und die ganz Schlimmen“

Positiv bewertete **Dr. William Potter**, dass dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) nahezu alle Staaten beigetreten seien; keinem anderen internationalen Abkommen gehörten so viele Vertragsparteien an. Dass zahlreiche Staaten auch das Zusatzprotokoll unterzeichnet hätten, mit dem der Internationalen Atomenergiebehörde mehr Kontrollrechte eingeräumt worden seien, begrüßte der Referent ausdrücklich. Eine schlechte Entwicklung nehme dagegen die Diskrepanz zwischen Nuklearwaffen- und Nichtnuklearwaffenstaaten. Dieser negative Trend werde noch verstärkt durch das Verschwinden gleichgesinnter Länder, die zuvor als Mittler zwischen diesen beiden Staatengruppen gedient hätten. Gefährlich werden könnten dritte nichtstaatliche Akteure, und zwar als Zulieferer und Endverbraucher von Kernmaterial. Deshalb sei es wichtig, dass die USA, Europa und Russland hoch angereichertes Uran im zivilen Verbrauch reduzierten und ihre Sanktionen bei laxer Sicherung dieses Materials drastisch verschärfen. Als kontraproduktiv, den NVV aushöhlend, beurteilte Dr. William Potter den jüngsten Nukleardeal zwischen den USA und Indien. Für die Zukunft empfahl er eine Revitalisierung der russisch-amerikanischen Beziehungen im Rahmen des NATO-Russland-Rates, um dort die Nichtverbreitungspolitik vorab zustimmen zu lassen. Auch regte er eine engere geheimdienstliche Kooperation bei dem illegalen Handel mit Nuklearmaterial an.

Bei der Aussprache fragte der Abgeordnete **Xavier Pintat** (Frankreich) nach den Auswirkungen des Nukleardeals zwischen Indien und den USA. **Dr. William Potter** bekräftigte seine Aussage, dass diese Vereinbarung, bei der Handels- und Wirtschaftsinteressen die Sicherheit in den Hintergrund gedrängt hätten, den NVV aushöhle: Brasilien habe neben anderen Staaten dagegen protestiert. Der Abgeordnete **David Scott** (Vereinigte Staaten) unterstrich die Notwendigkeit, Pakistans Nukleararsenal zu sichern; er zog zwar die Loyalität der pakistanischen Generäle nicht in Zweifel, verwies jedoch auf die mitunter wechselnde Einstellung der pakistanischen Soldaten, die das Arsenal bewachen. Schließlich fragte David Scott, wie gewährleistet werden könne, dass Nuklearwaffen nicht in die Hände von Terroristen fallen. Der Abgeordnete **Michael Mates** (Vereinigtes Königreich) wandte ein, dass er bei den pakistanischen Sicherheitsvorkehrungen keinen Anlass zu Sorge sehe; im Übrigen sei es schwierig eine Kernwaffe zu bauen. Der pakistanische Senatspräsident **Faruk Hamid Naek** bemühte sich, die Zweifel an den Sicherheitsstandards in Pakistan zu zerstreuen und verwies auch darauf, dass Pakistan das VN-Programm zu den Kleinwaffen unterzeichnet habe. Der Abgeordnete **Heikki Holmas** (Norwegen) erkundigte sich danach, inwieweit die Nichtweiterverbreitungsdiskussion und das langfristige Ziel einer atomwaffenfreien Welt in das neue Strategische Konzept der NATO einfließen würden. **Dr. William Potter** antwortete, das Ziel der Atomwaffenfreiheit kennzeichne ein Umdenken und lenke das Augenmerk auf die gegenwärtige Gefahr, nämlich nichtstaatliche Akteure im Besitz von Nuklearwaffen. Gemeinsames Handeln sei logische Konsequenz dieser Einsicht.

VI. Vortrag von Neil Davies, Abteilung Verteidigungsanalyse im britischen Verteidigungsministerium, zum Thema „Umgang mit der Herausforderung eingeschränkter Verteidigungshaushalte und eskalierender Kosten durch Gemeinschafts- und Zusammenarbeit“

Eingangs beschrieb **Neil Davies**, dass das Verteidigungsgerät der neuen Generation um circa zehn Prozent teurer sei, die Verteidigungsbudgets allerdings nur um etwa 1,5 Prozent erhöht würden. Dies führe zwangsläufig zu einem geringeren Auftragsvolumen und daraus leitete er das Erfordernis ab, bei der militärischen Beschaffung international zu kooperieren. Einige Länder könnten sich Großgerät, wie zum Beispiel Lufttransporter, nicht leisten. Die in vielen Bereichen bereits erfolgreich praktizierte Zusammenarbeit bei einzelnen Verteidigungsprojekten müsse ausgeweitet werden.

Während der Aussprache gab Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) zu bedenken, dass es mit den USA gelegentlich Probleme bei der Frage des geistigen Eigentums gebe. Dies bestätigte **Neil Davies**, unterstrich jedoch zugleich, dass die Eigentumsrechte als Preis für den technologischen Fortschritt zu respektieren seien. Dem Vorschlag **Lord Joplings** (Vereinigtes Königreich), auch „gebrauchtes“ Material aus Übersee zu beschaffen, ent-

gegnete **Neil Davies**, dies widerstrebe ebenso den Militärs, die immer das beste Gerät, die neuste Technik wollten, wie auch der europäischen Verteidigungsindustrie, die um ihre Absatzmärkte bange.

VII. Beratung über den Berichtsentwurf des Unterausschusses „Energie und Umweltsicherheit“ über „Die Renaissance der Atomkraft“, vorgelegt vom Berichterstatter Mario Tagarinski (Bulgarien)

Einleitend unterstrich der Berichterstatter Abgeordneter **Mario Tagarinski** (Bulgarien) den Zusammenhang von Klimaschutz und Energiesicherheit. Die Kernenergie erlebe derzeit eine Renaissance in über 30 Ländern, die neue Atommeiler bauen wollten. Kernkraftwerke der neuesten Generation lieferten zuverlässig Energie und leisteten zudem einen Beitrag zum Umweltschutz. Nicht verhehlen wollte der Berichterstatter die mit dem Atomstrom verbundenen Risiken. Es sei schon erstaunlich, wie Länder, die nach der Tschernobylkatastrophe und dem *Three Mile Island*-Debakel den Atomausstieg beschlossen hätten, nur zwei Jahrzehnte später den Wiedereinstieg praktizierten. Unbestreitbar mache Kernenergie unabhängig von fossilen Brennstoffen und sei angesichts desasant steigenden Energiebedarfs unverzichtbar.

Der Abgeordnete **Andrzej Galazewski** (Polen) leitete die anschließende Diskussionsrunde mit der Bemerkung ein, dass Atomstrom zukünftig noch wichtiger werde und fragte anschließend den Berichterstatter, ob er die Kontrolle der Atomkraftwerke für ausreichend halte. **Mario Tagarinski** konzedierte, dass es Schlupflöcher bei der Kontrolle des radioaktiven Materials gebe, bewertete das aktuelle politische Klima jedoch als zuträglich für die Lösung des Problems. Der Abgeordnete **Mohamed Mebarki** (Algerien) befürchtete, der gegenwärtige Preisverfall bei den fossilen Brennstoffen könne die Forschungsanstrengungen bei den alternativen Energien bremsen, und wollte wissen, ob die Finanzkrise den Atomeinstieg fördere. **Mario Tagarinski** war überzeugt, dass Atomenergie einen Ausweg aus der zunehmenden Rohstoffknappheit und dem Klimadilemma bieten könne.

VIII. Aktivitäten im Jahr 2009

Der Ausschussvorsitzende empfahl, dass einzelne Ausschusskollegen die Kopenhagener Klimakonferenz im Dezember des Jahres besuchen sollten.

Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss tagte am Freitag, 22. Mai 2009, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Bruce George** (Vereinigtes Königreich).

I. Überblick über die Themen

Auf der Tagesordnung standen insbesondere zwei Themenblöcke: die Chancen und Risiken des Klimawandels

in der Arktis und Probleme und Perspektiven der europäischen Sicherheitsarchitektur.

II. Vortrag von Professor Dag Harald Claes, Fakultät für Politikwissenschaften an der Universität Oslo, zum Thema „Chancen und Risiken des Klimawandels in der Arktis“

Professor Dag Harald Claes ging in seinem Vortrag insbesondere auf das Verhältnis Norwegens und der Russischen Föderation ein, das beim Umgang mit Chancen und Risiken des Klimawandels in der Arktis eine besondere Rolle spiele, da beide Staaten Arktisanrainer seien und die Russische Föderation verstärkt Ansprüche in der Region geltend mache. Es sei dort beispielsweise eine zunehmende russische Flugintensität zu verzeichnen. Insgesamt sei jedoch zu sagen, dass Norwegen und die Russische Föderation eine lange Geschichte guter Zusammenarbeit verbinde. So arbeite man zum Beispiel seit über 30 Jahren in der Fischereikommission zusammen, wo die EU für Norwegen ein schwierigerer Partner sei als Russland. Auch mit der konkreten Zusammenarbeit im maritimen und im Energiebereich gebe es keine Probleme. Hinsichtlich der Folgen des Klimawandels in der Arktis verfolge man offensichtlich gemeinsame Interessen. Die dort vorhandenen Energieressourcen seien dabei der wichtigste Punkt. Die Arktis sei keinesfalls ein rechtsfreier Raum, da das geltende Völkerrecht die territorialen Rechte bereits regle. Zwar lagerten die meisten Rohstoffvorräte im russischen Einflussbereich, Russland benötige aber für den Abbau norwegische Technik. Der russische Premierminister Wladimir Putin habe Norwegen daher bereits als strategischen Partner bezeichnet. Für Norwegen hätten die Rohstoffressourcen in der Arktis einen hohen politischen Stellenwert, und für eine Partnerschaft mit der Russischen Föderation werde in diesem Bereich Potential gesehen. Die Frage sei daher, ob nicht ein starkes und stabiles Russland wünschenswerter sei als ein geschwächtes und instabiles. Allerdings müsse die Arktis auch im globalen Kontext betrachtet werden. Es müsse daher eine Kooperation der Arktisanrainer untereinander und mit der EU geben.

Die Abgeordnete **Lubov Sliska** (Russische Föderation) betonte, in der Arktis gebe es keine widerstreitenden Interessen der Anrainer. Die Russische Föderation arbeite im Arktisrat mit und folge dessen Empfehlungen. **Professor Dag Harald Claes** stimmt ihr darin zu, dass bereits vorhandene Institutionen am besten geeignet seien, die Probleme in der Arktis zu lösen. Allerdings sei der Arktisrat noch keine etablierte Kraft. Die Ansprüche, die Anrainerstaaten am Festlandsockel geltend machten, seien auf geltendes Völkerrecht gestützt und nicht einfach aus der Luft gegriffen. Der Abgeordnete **Per Ove Width** (Norwegen) ergänzte, es sei deshalb sehr wichtig, dass die Seerechtskonvention der VN, die unter anderem die Rechte am Festlandsockel regle, von allen Staaten ratifiziert werde. In den Vereinigten Staaten sei dies bisher nicht geschehen. Er fragte nach den Konsequenzen für die Energiewirtschaft durch die aufgrund des Klimawandels zukünftig frei werdende Nord-Ost- und Nord-West-Passage.

Professor Dag Harald Claes bezeichnete den Seeweg durch die Arktis als neue Chance für eine kürzere Verbindung zwischen Japan und Europa anstelle des Weges durch den Suezkanal, der nicht für alle Schiffe zu befahren sei. Allerdings sei zunächst durch mögliche Eisschiebungen mit Gefahren für die Schifffahrt zu rechnen. Hierzu seien noch Untersuchungen erforderlich. Gegebenenfalls müsse auch ein neuer Schiffstyp für die Befahrung der Arktis entwickelt werden. Hinsichtlich der völkerrechtlichen Grundlagen ergänzte er, dass für die Antarktis relativ weitgehende neue Regelungen entwickelt worden seien. Bei der Antarktis handele es sich aber um eine Landmasse, während die Arktis sich nach Abschmelzen des Eises in ein Meer verwandle. Die Konvention über die Hohe See gebe es aber bereits, so dass für eine Neuregelung keine Notwendigkeit bestehe.

II. Vortrag von Botschafter Dimitrij Rogosin, Ständiger Vertreter der Russischen Föderation bei der NATO, zum Thema „Probleme und Perspektiven der europäischen Sicherheitsarchitektur“

Nach Auffassung des Botschafters **Dimitrij Rogosin** habe sich die NATO seit Gründung des Bündnisses grundlegend verändert, und mit ihr auch die Beziehungen der NATO zur Russischen Föderation. Während die NATO sich vor Ende des Kalten Krieges vor allem über Artikel 5 des Nordatlantikvertrages definiert und als Verteidigungsbündnis gegen Russland verstanden habe, gehe die Allianz derzeit durch eine Periode des Dualismus. Die Aktionen der NATO seien heute nicht mehr im Bereich des Artikels 5 angesiedelt, sondern fänden weit entfernt vom europäischen Kontinent statt. Die NATO arbeite globalisiert mit anderen Akteuren, wie den VN, zusammen, beispielsweise in Afghanistan. Es gebe aber auch Mitglieder des Bündnisses, die nach wie vor die territoriale Verteidigung als Kernbestand des Bündnisses ansähen. Für die Vertreter dieser Position stelle noch immer die Russische Föderation die größte Bedrohung dar, nicht die terroristische Gefahr, wie für die Anhänger der Globalisierungstheorie. Die Russische Föderation sei zwar ein sehr großes Land, die demografische Entwicklung sei aber auch in Russland rückläufig, ebenso wie in den westlichen Ländern. Für die russische Regierung stelle sich daher die Frage, wie das russische Territorium verteidigt, die eigenen Ressourcen geschützt und gute Lebensbedingungen für die Bevölkerung geschaffen werden könnten. Dies sei am besten in Kooperation mit der EU und den Vereinigten Staaten möglich. Nachfolgende Generationen würden hoffentlich erleben, dass diese drei Partner ihre militärischen Planungen gegeneinander aufgaben und sich gemeinsam an Problemlösungen machten. In Afghanistan werde die Russische Föderation die NATO unterstützen, wenn diese sich dort weiter engagieren wolle, allerdings nicht durch aktive militärische Einmischung. Daran habe Russland nach den eigenen militärischen Erfahrungen in Afghanistan kein Interesse mehr. Leider werde Russland nach der NATO-Verteidigungsstrategie nach wie vor nicht als Partner, sondern als Gegner wahrgenommen.

Senator **Josselin de Rohan** (Frankreich) betonte die bereits stattfindende Kooperation zwischen der EU und der Russischen Föderation, beispielsweise bei der Mission im Tschad und bei der Bekämpfung der Seeräuberei. Er warf die Frage auf, ob nicht auch im Hinblick auf den Iran gemeinsam vorgegangen werden solle, da es sich um eine gemeinsame Bedrohung handle. **Dimitrij Rogosin** entgegnete, die terroristische Gefahr stelle einen neuartigen Gegner dar, gegen den konventionelle Waffen nichts ausrichten könnten, da er sich bereits in den Zielländern befinde und von dort aus operiere. Angesichts dieser neuen Sicherheitslage sollten die europäischen Staatschefs auch über neue Lösungen nachdenken, die eher im Bereich der Aufklärung als der militärischen Reaktion liegen könnten. Europa, die Vereinigten Staaten und die Russische Föderation müssten erkennen, dass es gemeinsame Feinde gebe, die ihnen das Existenzrecht abspächen. Die NATO sei in der Lage, sich zu entwickeln und sich der neuen Bedrohungslage anzupassen. Die Entwicklung demokratischer Strukturen in der Russischen Föderation brauche Zeit, entsprechend der Größe und Kultur des Landes. Demokratiedefizite seien aber für die NATO nie ein echtes Hindernis für eine Zusammenarbeit gewesen. Der Abgeordnete **José Lello** (Portugal) hielt die NATO heute für eine eher politische als militärische Organisation. Seit mehr als 60 Jahren herrsche Frieden im transatlantischen Raum. Die vorherrschenden Probleme seien finanz- und wirtschaftspolitischer, nicht aber militärischer Art. Auf militärische Rhetorik könne daher verzichtet werden. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) bat um konkretere Ausführungen des Botschafters zu den Konflikten in Transnistrien und in Georgien. **Dimitrij Rogosin** antwortete, die NATO sei seiner Auffassung nach nicht primär eine politische Organisation. Da das Bündnis nicht über eigene Truppen verfüge, könnten von einer engeren Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation beide Seiten profitieren. Im Hinblick auf Transnistrien gab er zu, er habe versucht, das Thema zu umgehen. Die Situation dort sei schlimmer als bekannt. Die Russische Föderation wolle eine unabhängige Republik Moldau, keinen Zusammenschluss mit Rumänien, der eine dauerhafte Teilung des Landes nach sich ziehen würde. Es sei nie Russlands Ziel gewesen, die Republik Moldau zu besetzen. Russland habe nur versucht, die Lage zu entspannen. Der Vorwurf, die Russische Föderation würde sich Einflussphären schaffen, laufe fehl, da die NATO die ganze Welt zu ihrer Einflussphäre mache.

Plenarsitzung

Am Dienstag, 26. Mai 2009, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV **John Tanner** (Vereinigte Staaten) die Plenarsitzung statt.

I. Ansprache des Präsidenten des Storting Thorbjørn Jagland

Präsident **Thorbjørn Jagland** bezeichnete die NATO als nach wie vor sehr wichtig für Norwegen. Das Bündnis sei nach dem Zweiten Weltkrieg als Teil einer kollektiven Sicherheitsstruktur, zu der auch der Europarat und die

OSZE gehörten, gegründet worden, und habe während des Kalten Krieges Norwegens Unabhängigkeit garantiert. Die NATO sei die einzige Militärorganisation der Welt, die auf internationalem Recht basiere, und die auch die VN, wenn nötig, zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse nutzen könnten. Die Komplexität der Probleme und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mache eine gemeinsame Sicherheitspolitik mehr denn je erforderlich, die NATO und die Parlamentarische Versammlung würden also auch in Zukunft zweifellos gebraucht werden. Die NATO habe noch nie einen Krieg begonnen, stehe aber bereit, wenn Diplomatie nicht mehr möglich sei.

II. Ansprache des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, John Tanner (Vereinigte Staaten)

Der Präsident der Versammlung, Abgeordneter **John Tanner**, lobte die große Präsenz des Gastlandes Norwegen in der NATO, was für ein relativ kleines Land nicht selbstverständlich sei. Das Bündnis werde erst dadurch stark, dass die einzelnen Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Stärken im Interesse aller einbrächten. Am Einsatz in Afghanistan wirkten viele Mitgliedstaaten auf eine Weise mit, wie sie es sich selbst vor zehn Jahren nicht hätten vorstellen können. Die Mitglieder der Versammlung seien als gewählte Volksvertreter automatisch für das Schicksal der Soldaten dort verantwortlich. Der transatlantischen Öffentlichkeit müsse deshalb erklärt werden, warum die Verteidigung der eigenen Werte in Afghanistan erforderlich sei. Die NATO sei in Afghanistan in einer sehr schwierigen Mission, aber es sei erkennbar, dass viele Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen verstärkten. Als Team könne das Bündnis den Konflikt gewinnen.

III. Ansprache des norwegischen Premierministers Jens Stoltenberg

Premierminister **Jens Stoltenberg** betonte die Bedeutung der parlamentarischen Versammlung für alle NATO-Mitgliedstaaten. Er dankte Frankreich und Deutschland für die erfolgreiche Ausrichtung des NATO-Gipfels in Straßburg, Kehl und Baden-Baden Anfang April 2009, der gleichzeitig Jubiläumsgipfel zum 60. Jahrestag des Bündnisses und letzter Gipfel mit Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer gewesen sei. In den letzten 60 Jahren hätten sich die Herausforderungen für das Bündnis verändert, die Werte und Verpflichtungen aus dem Washingtoner Vertrag von 1949 seien jedoch aufrechterhalten worden. Nun müsse die Erarbeitung des neuen Strategischen Konzeptes im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Die NATO müsse darin unter Beweis stellen, dass sie sich neuen globalen Herausforderungen stelle und über die militärischen Voraussetzungen dafür verfüge. Von großer Bedeutung sei die Organisation der Zusammenarbeit mit der EU und den VN. Das neue Strategische Konzept müsse daher in einem offenen Prozess unter Beteiligung aller Mitgliedstaaten erarbeitet werden. Das Bündnis könne eine führende Rolle in der Frage der nuklearen Abrüstung einnehmen. Die Vision einer nuklearwaffenfreien Welt, die der amerikanische Präsident

Barack Obama geäußert habe, sei erstrebenswert, auch wenn sie sich nicht kurzfristig realisieren ließe. Der gestrige erneute Atomwaffentest der Regierung Nordkoreas sei ein weiteres Beispiel für die Dringlichkeit der Kontrolle atomarer Waffen. Trotz der Bedeutung des Afghanistan-Einsatzes für die Sicherheit der Mitgliedstaaten müsse die NATO ihre Fähigkeiten erweitern, an den eigenen Grenzen militärisch aktiv zu werden. Es gehe dabei nicht darum, die NATO gewissermaßen nach Hause zurückzubringen, sondern unter Beweis zu stellen, dass sie immer die Sicherheit in der transatlantischen Region verteidigt habe. Afghanistan bleibe die derzeit wichtigste Mission der Allianz und ihre größte Herausforderung. Der Einsatz solle dem Prinzip folgen, möglichst viel Verantwortung in afghanische Hände zu legen. Daneben müsse der zivile Ansatz verstärkt und besser abgestimmt werden.

Die klimatischen Veränderungen in der Arktis, die für Norwegen als Anrainer von besonderer Bedeutung seien, schritten schneller voran als gedacht und hätten Auswirkungen auf die Schifffahrt, die Fischerei und auf die Möglichkeiten der Öl- und Gasgewinnung. Ein internationaler Rechtsrahmen für die Arktis sei mit der VN-Konvention über die Hohe See bereits vorhanden. Im Verhältnis zur Russischen Föderation habe sich die norwegische Strategie des Dialogs und der Kooperation bisher bewährt, auch wenn die Beziehungen nicht frei von Herausforderungen seien. Dies könne auch über das Thema Arktis hinaus als Beispiel dienen, denn eine starke Partnerschaft mit der Russischen Föderation sei erforderlich. Der NATO-Russland-Rat könne als Forum des offenen Austausches genutzt werden.

Die Zukunft der NATO als starke und relevante Organisation hänge nicht zuletzt von der Haltung der nationalen Parlamente ab.

IV. Ansprache des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Afghanistan Kai Eide

Die Frage, ob das Jahr 2009 zum Wendepunkt in Afghanistan werden könne, sei nach Auffassung des VN-Sonderbeauftragten für Afghanistan **Kai Eide** noch nicht klar zu beantworten. Jedenfalls könnten keine schnellen Veränderungen erwartet werden. Allerdings könne ein glaubwürdiger und transparenter Verlauf der Präsidentschafts- und Kommunalwahlen im August 2009 das Jahr tatsächlich zum Wendepunkt machen. Derzeit befinde sich das Land in der Wahlkampfphase. Veränderungen gebe es inzwischen bei der afghanischen Polizei. Nachdem jahrelang das Fehlen einer effektiven Polizei beklagt worden sei, würden die Polizeikräfte jetzt um 15 000 Personen aufgestockt. Eine große Anzahl von in den Drogenhandel verstrickten Polizeioffizieren sei entlassen und angeklagt worden. Die afghanische Armee habe im letzten Jahr 62 Prozent der Einsätze am Boden selbst angeführt. Die weitere Stärkung der Armee erfordere aber nicht nur personelle Verstärkung, sondern auch Technik und Fachkenntnisse. Der afghanische Geheimdienst decke mittlerweile terroristische Aktivitäten auf, auch wenn die

Sicherheitslage nach wie vor schwierig sei. Eine Entwicklung gebe es auch im wirtschaftlichen Bereich. Die afghanische Regierung nehme zunehmend selbst Koordinierungsaufgaben wahr, und der Mohnanbau sei von einem landesweiten Phänomen zum Problem einzelner Provinzen geworden. Die Anzahl der Kinder, die Schulen besuchten, habe sich außerdem signifikant erhöht. Es sei also nicht wahr, dass es in Afghanistan keine Entwicklung gebe. Dessen müssten sich alle Staaten, die Truppen oder zivile Aufbauhilfe zur Verfügung stellten, bewusst sein. Jetzt liege die Herausforderung in einer Weiterentwicklung der guten Ansätze trotz einer Veränderung der Strategie. Die Kämpfe hätten sich in den letzten Monaten verstärkt, ebenso wie die Anzahl der Kämpfer und der Einfluss, der aus den pakistanischen Grenzgebieten ausgeübt werde. Am schwierigsten sei die Lage in den Provinzen Helmand und Kandahar. Die ebenfalls erfolgte Aufstockung der internationalen Truppen diene dazu, die allgemeine Sicherheitslage zu verbessern, die afghanische Armee aufzubauen und die Wahlen zu sichern. Diese Aufstockung dürfe allerdings keinesfalls zu einer Erhöhung der Opferzahlen in der Zivilbevölkerung führen. Es sei eindeutig, dass zivile Opfer die Unterstützung des Einsatzes durch die afghanische Bevölkerung unterminierten. Eine Gefahr bestehe darin, dass die internationale Gemeinschaft die Unterstützung der Menschen verliere, ohne dass eine militärische Niederlage statfinde. Tatsächliche zivile Opferzahlen seien allerdings trotz der Zusammenarbeit der NATO mit Menschenrechtsorganisationen schwer zu ermitteln. Während der Wählerregistrierung für die anstehenden Wahlen sei es in fast allen Provinzen zu Unregelmäßigkeiten in der Weise gekommen, dass zu viele Personen registriert worden seien. Dies könne aber voraussichtlich geheilt werden. Der Wahlprozess werde durch die internationale Gemeinschaft nur unterstützt, verantwortlich sei die afghanische Regierung. Im Hinblick auf die zukünftige Strategie sei es wichtig, der afghanischen Bevölkerung das Gefühl gesellschaftlicher Veränderung zu vermitteln. Insofern gebe es Schwierigkeiten mit der Spenderkoordinierung, da viele Spender so viel Geld wie möglich in möglichst kurzer Zeit verausgaben wollten, ohne die Folgen für die Entwicklung zu bedenken. Die afghanische Bevölkerung fühle sich in die Entwicklung des eigenen Landes nicht eingebunden, was als Demütigung empfunden werde. Die internationale Gemeinschaft müsse sich daher mehr mit den Afghanen auseinandersetzen.

Im Rahmen der folgenden Diskussion erkundigte sich der Abgeordnete **Loic Bouvard** (Frankreich) nach der Effektivität der internationalen Hilfe. Der Abgeordnete **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) wies auf das Problem hin, dass der Sommer in Afghanistan Kampfzeit sei, da sich die Taliban im Winter ins Gebirge zurückzögen. Die Frage sei daher, ob die Sicherheit während der Wahlen im August garantiert und ob ein transparenter Wahlverlauf ermöglicht werden könne. **Kai Eide** erklärte, die internationale Hilfe sei ineffektiv, da die afghanische Administration zu wenig einbezogen werde. Zum Teil komme nur die Hälfte der bereitgestellten Hilfe am Ziel an. Im Hinblick auf die Sicherheitslage sei ein verstärkter Dialog zwischen Afghanistan und Pakistan erforderlich.

Der Abgeordnete **Dr. Rainer Stinner** (Deutschland) bezog sich auf ein gemeinsames Konzept für Afghanistan, auf das sich die afghanische Regierung, die ISAF und die *United Nations Assistance Mission in Afghanistan* (UNAMA) der VN im Dezember 2008 geeinigt hätten. Er fragte nach der Umsetzung dieser Vereinbarung, insbesondere, da der afghanische Präsident Hamid Karsai bei einem Gespräch im Februar 2009 nichts darüber gewusst habe. **Kai Eide** bezeichnete die Vereinbarung aus dem Dezember 2008 als bedeutende Entwicklung und Beginn eines komplexen Prozesses, der auch die Versöhnung der afghanischen Volksgruppen einbeziehe. Dieser Versöhnungsprozess müsse aber von der afghanischen Regierung aus einer Position der Stärke heraus begonnen und alle afghanischen Akteure müssten daran beteiligt werden. Dies sei erst nach den Wahlen möglich.

Auf die Frage des Abgeordneten **José Lello** (Portugal), ob nicht die Nachbarländer Afghanistans, insbesondere China und Iran, in den Prozess einbezogen werden müssten, erklärte **Kai Eide**, die regionale Kooperation sei schon sehr verbessert worden, insbesondere mit Pakistan, aber auch mit dem Iran. Die regionalen Partner seien mit dem Gelände, dem Klima, den Menschen und der Sprache vertraut und spielten daher eine große Rolle. Es sei sehr wichtig, einen breiten multinationalen Ansatz zu behalten und die Mission nicht zu einer amerikanischen werden zu lassen. Die Tatsache, dass etliche Mitgliedstaaten der NATO inzwischen Sonderbotschafter für Afghanistan ernannt hätten, sei insofern ein guter Schritt.

V. Ansprachen der Präsidentin des Parlaments von Albanien Jozefina Topalli und des Präsidenten des Parlaments von Kroatien Luka Bebi

Anlässlich der ersten Teilnahme einer albanischen und einer kroatischen Delegation als Vollmitglieder der Versammlung nach dem formal erfolgten Beitritt beider Länder in die NATO auf dem Gipfel Anfang April 2009 in Straßburg, Kehl und Baden-Baden bat der Präsident der Versammlung **John Tanner** (Vereinigte Staaten) die Repräsentanten beider Parlamente um eine kurze Ansprache. Er wies darauf hin, dass der Ständige Ausschuss auf seiner Sitzung am 25. Mai 2009 beschlossen habe, der albanischen Einladung zur Durchführung einer Wahlbeobachtungsmission bei den Parlamentswahlen am 28. Juni 2009 Folge zu leisten.

Die Präsidentin des albanischen Parlaments **Jozefina Topalli** erklärte, die Mitgliedschaft Albanien in der NATO sei kein Geschenk, sondern das Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses ihres Landes gewesen. Durch die Mitgliedschaft beginne für Albanien eine neue außenpolitische Phase mit neuen Herausforderungen.

Der Präsident des kroatischen Parlaments **Luka Bebi** bezeichnete die jetzt erlangte NATO-Mitgliedschaft als eines der beiden wichtigsten außenpolitischen Ziele seines Landes seit der Unabhängigkeit. Das zweite Ziel sei der Beitritt zur EU. Kroatien habe bisher die Sicherheitsgarantie der NATO in Anspruch genommen und wolle

sich zukünftig an der Schaffung und Erhaltung von Sicherheit beteiligen. Die Erweiterungspolitik der NATO sei eine der erfolgreichsten Entwicklungen des Bündnisses gewesen. Die andauernde Beitrittsperspektive sei für Südosteuropa sehr wichtig.

VI. Beratung und Abstimmung des Plenums-erklärungsentwurfs „Die Lage in der Republik Moldau“, vorgelegt vom Leiter der rumänischen Delegation in der NATO PV, Sever Voinescu-Cotoi

Der Erklärungsentwurf zur Lage in der Republik Moldau wurde in der vom Ständigen Ausschuss in seiner Sitzung vom 25. Mai 2009 gebilligten Fassung durch Akklamation angenommen.

VII. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Der Schatzmeister Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) stellte seinen Haushaltsbericht für das Jahr 2008 und das laufende Haushaltsjahr, die Jahresbilanz 2008 und den Bericht über den Pensionsfonds für 2008 vor. Er wies darauf hin, dass das Budget für 2008 auskömmlich gewesen sei. Im laufenden Jahr 2009 hätten die Delegationen aus Dänemark und Luxemburg Sonderzahlungen zur Unterstützung von Rose-Roth-Seminaren geleistet. Die Versammlung nahm die Dokumente in der vorgelegten Fassung an.

VIII. Annahme von Änderungen der Geschäftsordnung und der Finanzbestimmungen

Die Versammlung billigte Änderungen der Geschäftsordnung, die aufgrund der Erlangung der Vollmitgliedschaft durch die Delegationen aus Albanien und Kroatien notwendig geworden waren. Die Änderungen bezogen sich insbesondere auf die Anzahl der Mitglieder der Versammlung und die Besetzung der Ausschüsse.

Außerdem billigte die Versammlung eine Änderung der Finanzbestimmungen dahingehend, dass Mitgliedsdelegationen zukünftig verpflichtet sind, ihre Jahresbeiträge in der ersten Hälfte des Haushaltsjahres zu entrichten. Ist die Zahlung bis zum Beginn der Jahrestagung nicht eingegangen, hat dies den Verlust des Stimmrechts für die Mitglieder der betreffenden Delegation zur Folge.

IX. Einrichtung eines Interparlamentarischen NATO-Georgien-Rates

Der Präsident der Versammlung, **John Tanner** (Vereinigte Staaten), informierte die Versammlung über den Beschluss des Ständigen Ausschusses vom 25. Mai 2009, einen Interparlamentarischen NATO-Georgien-Rat einzurichten. Die Vizepräsidenten der Versammlung, Abgeordneter Assen Agov (Bulgarien) und Abgeordneter Bruce George (Vereinigtes Königreich) würden die Aktivitäten der Versammlung im Hinblick auf Georgien koordinieren.

X. Gemeinsame Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der NATO und des Nordatlantikrates mit einer Einleitung durch den NATO-Generalsekretär und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Jaap de Hoop Scheffer, gefolgt von einer Fragestunde mit Mitgliedern des Nordatlantikrates

NATO-Generalsekretär **Jaap de Hoop Scheffer** bedankte sich für diese letzte Möglichkeit, zur Parlamentarischen Versammlung der NATO zu sprechen. Er habe immer viel Freude an den Diskussionen mit der Versammlung gehabt. Allerdings könne sich die Allianz derzeit keine Nostalgie leisten, denn sie stehe mit den Missionen in Afghanistan und dem Kosovo, der Seeräuberei am Horn von Afrika und anderen Aufgaben einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber. Positiv sei aber die Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO zu vermerken. Die Einrichtung von Sondergremien für den Austausch mit der Ukraine und Georgien zeige, dass das Bündnis immer stärker Plattform für politische Debatten werde. Er benannte drei Themen, die die Zukunft der NATO bestimmen würden, und zwar Solidarität, Kooperation mit anderen Organisationen und der Erhalt von Ressourcen. Während des Kalten Krieges sei die Solidarität unter den Bündnispartnern überlebenswichtig und automatisch vorhanden gewesen. Heute fühlten sich nicht alle Partner in gleicher Weise bedroht. Solidarität sei daher kein Automatismus mehr, sondern müsse von Fall zu Fall geschaffen und erhalten werden. Die gemeinsamen Werte reichten als verbindendes Element nicht mehr aus. Es sei immer klar gewesen, dass sich nicht alle 28 Mitgliedstaaten gleichermaßen in Afghanistan engagieren würden, und dass die nationalen Spielräume unterschiedlich seien. Entscheidend sei allerdings, dass alle Partner dieselben Ziele verfolgten. Die NATO könne ihre Ziele nicht mehr alleine, sondern nur in Kooperation mit anderen internationalen Organisationen verwirklichen, auch wenn ein solcher vernetzter Ansatz bisher weder von der NATO noch von anderen Organisationen erreicht worden sei. Die vorhandenen Mittel müssten aber möglichst effizient eingesetzt werden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise mache die Diskussion um eine Erhöhung der Verteidigungsetats derzeit noch schwieriger als vorher. Die Frage, wie notwendige Mittel aufgebracht werden könnten, bleibe aber erhalten. Die Menschen im transatlantischen Raum machten sich um ihre Sicherheit keine Gedanken, da sie diese als gegeben betrachteten. Dies sei das Ergebnis eines langen friedvollen Prozesses. Heute sei das militärische und zivile Eingreifen in anderen Teilen der Welt aber ebenso bedeutsam wie die Verteidigung der eigenen Grenzen. Die Ausstattung der Truppen mit dem dafür Notwendigen sei Aufgabe der nationalen Parlamente. Das neue Strategische Konzept der NATO werde diese Herausforderungen aufgreifen und weiterentwickeln. Hinzu komme die Auseinandersetzung mit neuen Risiken, bei denen die NATO ihre Rolle definieren müsse, zum Beispiel Klimawandel, Seeräuberei oder Energiesicherheit. Das neue Strategische Konzept werde allen Mitgliedstaaten vor Augen führen, dass sie diesen Risiken nicht al-

leine gegenüber stünden. Daneben werde die NATO ihre Erweiterungspolitik fortsetzen, die in Europa zu Frieden und Stabilität geführt habe. Das Bündnis müsse seine Beziehungen zur Russischen Föderation weiter ausbauen. Hierzu solle das neue Strategische Konzept ebenfalls klare Angaben enthalten. Die Einbindung der Versammlung in den Prozess der Erarbeitung des Konzeptes sei sehr wichtig. Die Verantwortung als Sonderberichterstatter für dieses Thema gehe vom Abgeordneten Jan Petersen (Norwegen) auf den Abgeordneten Sven Mikser (Estland) über.

Der erste Teil der nachfolgenden Diskussion bezog sich auf die Beziehungen der NATO zur Russischen Föderation. Der Abgeordnete **Bruce George** (Vereinigtes Königreich) äußerte die Einschätzung, dass die Chancen Georgiens, Mitglied der NATO zu werden, durch den Konflikt mit der Russischen Föderation nicht beeinträchtigt würden. Er fragte, welchen Preis Russland für diesen Konflikt zahlen müssen. Der Ständige Vertreter Norwegens bei der NATO Botschafter **Kim Traavik** meinte, die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation sei im ureigenen Interesse der Allianz. Während des Konfliktes in Georgien im letzten Jahr habe der NATO-Russland-Rat nicht sehr gut funktioniert. Dies müsse verbessert werden. Der Ständige Vertreter Ungarns bei der NATO Botschafter **István Kovács** ergänzte, die NATO habe bereits begonnen, den Dialog mit Russland wieder aufzunehmen. Dies ändere nichts an der Unterstützung Georgiens. Nach Auffassung des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO Botschafter **Ulrich Brandenburg** habe niemand im letzten Jahr angenommen, dass das Aussetzen des Dialogs zwischen der NATO und der Russischen Föderation die Probleme lösen werde. Vielmehr teilten beide Seiten viele Interessen und müssten ihre Kooperation vertiefen, auch in militärischer Hinsicht. Die Ständige Vertreterin Frankreichs bei der NATO Botschafterin **Pascale Andréani** bekräftigte das Interesse Frankreichs an einer Fortsetzung des Dialogs. Der Abgeordnete **Viktor A. Ozerov** (Russische Föderation) fragte den NATO-Generalsekretär, wann seiner Meinung nach der NATO-Russland-Rat tatsächlich seine Arbeit wieder aufnehmen und was der politische Schwerpunkt sein werde. **Jaap de Hoop Scheffer** antwortete, aktuelle Themen wie beispielsweise Afghanistan oder die Folgen des Klimawandels könnten in dem Gremium sehr gut besprochen werden. Der Rat solle aber schwierige Themen wie Georgien ebenfalls nicht ausklammern. Laut dem Ständigen Vertreter Spaniens bei der NATO Botschafter **Carlos Miranda** würden sich die Beziehungen heute ganz anders darstellen, wenn es gelungen wäre, mit Russland eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur zu entwickeln.

Im zweiten Teil der Debatte ging es um das neue Strategische Konzept der NATO. Der Abgeordnete **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) forderte, die Beistandspflicht gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages müsse der Kernbestand der Allianz bleiben, und jedes Mitglied müsse sich im Ernstfall auf die Solidarität der Partner verlassen können. Für das neue Strategische Konzept sei aber angesichts sich verändernder Bedrohungsszenarien die Festle-

gung der Reichweite der Beistandsklausel wichtig. Fraglich sei beispielsweise, ob sich Artikel 5 auch auf *Cyber*-Angriffe erstrecke. Daneben sei für das Verhältnis zur Russischen Föderation zu klären, welches die roten Linien seien, deren Überschreitung die Allianz nicht akzeptieren werde. Er frage sich außerdem, wie sich das Verhältnis der NATO zur EU hin zu einer echten Partnerschaft entwickeln könne. Nach Auffassung des Abgeordneten **Sven Mikser** (Estland) würden die alten Werte der Allianz durch deren neue Ausrichtung nicht ersetzt, sondern nur ergänzt. Er frage sich daher, ob die Beistandsklausel gemäß Artikel 5 des Nordatlantikvertrages überhaupt verändert werden solle. Der Ständige Vertreter Portugals bei der NATO Botschafter **Manuel Tomás Fernandes Pereira** wies darauf hin, dass das neue Strategische Konzept der NATO im Jahr 2010 in Portugal beschlossen werden solle. Der Ständige Vertreter Griechenlands bei der NATO Botschafter **Thrassyvoulos-Terry Stamatopoulos** warnte vor einer Einbeziehung von *Cyber*-Angriffen in die Beistandsklausel, da bei dieser Art von Angriffen oft unklar sei, von wem die Aggression ausgehe.

Der dritte Teil der Diskussion beschäftigte sich mit dem Thema Afghanistan. Der Ständige Vertreter Polens bei der NATO Botschafter **Boguslaw W. Winid** erklärte, derzeit erhöhten mehrere transatlantische Partner ihre Truppenstärke in dem Land, nicht nur die Vereinigten Staaten. Noch immer problematisch seien die nationalen *caveats*, für die auch die Parlamente verantwortlich seien.

Zum Thema der Fortsetzung der NATO-Erweiterung forderte der Ständige Vertreter der Niederlande bei der

NATO **Herman Schaper**, die Allianz solle sich weder in die eine noch in die andere Richtung durch die Russische Föderation beeinflussen lassen.

Im Hinblick auf neue Sicherheitsrisiken der Allianz wies **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) auf das Problem der Seeräuberei hin. Er fragte, was die NATO in Somalia tun könne, wenn das Land als Ursprung der Seeräuberei definiert sei, und wie Piratenangriffe auf See besser abgewehrt werden könnten.

In seinen Abschlussausführungen fasste **Jaap de Hoop Scheffer** die derzeitigen Stärken und Schwächen des Bündnisses aus seiner Sicht zusammen. So spreche für die NATO, dass sie politischer geworden sei und ihre operationellen Fähigkeiten verbessert habe. Es gebe keine zweite Organisation auf der Welt, die in gleicher Weise einsetzbar sei, wenn auch die Kosten im Einzelfall hoch seien. Daneben sei die Erweiterung des Bündnisses sehr erfolgreich verlaufen. Er mahnte allerdings Defizite bei der Interoperabilität und Kooperationsfähigkeit an. Die Bündnispartner fänden zum Teil nicht zu einheitlichen politischen Bewertungen, zum Beispiel beim Umgang mit der Russischen Föderation. Die NATO müsse dringend enger mit der EU und den VN zusammen arbeiten. Besorgniserregend sei schließlich die Entwicklung der nationalen Verteidigungshaushalte, deren weiteres Absinken zu befürchten sei.

Dr. Karl A. Lamers, MdB
Leiter der Delegation

Volker Bouffier,
Staatsminister
Stellvertretender Leiter der
Delegation

E r k l ä r u n g

betr. **Die Lage in der Republik Moldau**

vorgelegt vom Ständigen Ausschuss
und von der Plenarversammlung verabschiedet

Die Versammlung,

1. **besorgt** über die Entwicklung der angespannten politischen Lage in der Republik Moldau nach den Wahlen vom 5. April 2009;
2. **in Bekräftigung** der euroatlantischen Werte der Demokratie und der Freiheit, die unserem Bündnis zugrundeliegen;

3. die Entwicklung des politischen Prozesses in der Republik Moldau **sorgfältig verfolgend**;
4. **ERWARTET**, dass der Dialog zwischen Regierung und Opposition sowie zwischen den politischen Kräften und der Zivilgesellschaft real, effektiv und transparent ist;
5. **FORDERT** die Regierung der Republik Moldau nachdrücklich dazu auf, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu beachten, die umzusetzen die Republik Moldau sich auch durch das Eingehen einer Partnerschaft für den Frieden verpflichtet hat.